

Diskurspiraterie als strategische Waffe
Ideen linker Theoretiker im ideologischen Kontext der Neuen Rechten

Dominik Hager
01101932
Soziologie

MASTERARBEIT

eingereicht im Rahmen des
Masterstudiums der Soziologie: Soziale und politische Theorie

an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

BETREUER
Prof. Frank Welz

Innsbruck, am 06.11.2023

Eidesstaatliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt durch meine eigenhändige Unterschrift, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe. Alle Stellen, die wörtlich oder inhaltlich den angegebenen Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht.

Die vorliegende Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form noch nicht als Magister-/Master-/Diplomarbeit/Dissertation eingereicht.

Innsbruck,
den 5. Jänner 2024

Abstract:

Rechtspopulistische und rechtsextreme politische Erscheinungen existieren inzwischen in verschiedenen Ausprägungen und sind seither integraler Bestandteil des gesellschaftlichen Mainstream, und keineswegs mehr am Rande anzusiedeln. Die vorliegende theoretische Masterarbeit wirft dabei einen genauen Blick auf die Neue Rechte bzw. arbeitet systematisch heraus, was denn das Neue im Denken der Neuen Rechten ausmacht. Es wird argumentiert, dass die bisherige Forschungslinie die Rezeption linker Autoren vernachlässigt hat und dass es notwendig ist, das Neue im Denken der Neuen Rechten über ihre Anknüpfungspunkte an die Konservative Revolution hinaus zu erforschen. Wie gezeigt wird, basieren neurechte Ideen zu einem wesentlichen Teil auf genuin linken Schriften und Ausführungen. Diese haben hinsichtlich Ideologie (Ethnopluralismus/Antikapitalismus, wenngleich auch durch Umdeutung) als auch Strategie (Metapolitik) das neurechte Denken entscheidend beeinflusst. Die Arbeit gliedert sich in die Analyse der Ideen von Antonio Gramsci als Grundlage für die 'Kulturrevolution von rechts', gefolgt von der Untersuchung neurechter Autoren in Bezug auf linke Denker und deren Einfluss auf den politischen Diskurs. Dabei wird die strategische Anwendung von 'Diskurspiraterie' als Werkzeug der Neuen Rechten diskutiert, um ihren Einfluss in der Gesellschaft besser verstehen zu können.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Die Neue Rechte – eine Einordnung	4
2.1. Ursprünge in Frankreich	4
2.2. Weitere Entwicklungen im deutschsprachigen Raum	5
2.3. Organisation	6
2.4. Konservative Revolution als Referenzpunkt	6
2.4.1. Ein Mythos für den Neuanfang?	7
2.4.2. Antidemokratische Ausrichtung der Konservativen Revolution	8
2.5. Verbindung mit linken Denkern	10
3. Antonio Gramscis Hegemonietheorie - die Eroberung der Geister	11
3.1. Zivilgesellschaft und politische Gesellschaft	12
3.2. Die Rolle der Intellektuellen	14
3.3. Der Hegemoniebegriff	16
3.4. Aneignung durch die Neue Rechte	18
3.4.1. Benoits Fokus auf Ideologie und Deutungshoheit	18
3.4.2. Schwäche der liberalen Demokratie als Chance für die Neue Rechte	19
3.4.3. Diskurspiraterie als strategische Waffe	20
4. Ethnopluralismus – It's the Kultur, stupid!	22
4.1. Rechtes Denken in Gruppen	22
4.2. Die nominalistische Wende als Ausgangspunkt	23
4.3. Kulturalismus statt Rassismus als strategische Option	25
4.3.1. Linke Kulturanthropologie als Stichwortgeber – Kulturrelativismus	25
4.3.2. Ablehnung der Menschenrechte	26
4.3.3. Adaption der Neuen Rechten	28
5. Der Antikapitalismus/Antiimperialismus der Neuen Rechten: Marx & Lenin	31
5.1. Karl Marx	32
5.1.1. Umdeutung Marx' in Richtung Gemeinschaftlichkeit	33
5.2. Wladimir Iljitsch Lenin	38
5.2.1. Exkurs Hilferding	39
6. Aufhebung und Synthese der links-rechts-Dichotomie für mehr Anschlussfähigkeit – empirische Fallbeispiele	42
6.1. Verbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster	43
6.1.1. Die Parabel des Frosches im heißen Wasser - Eskalationsspirale	44
6.2. Ergebnisse aktueller Studien	46
6.2.1. Erfassung rechtsextremer Einstellungen	46
6.2.2. Häufigkeit rechtsextremer Einstellungen in Deutschland 2022/23	47
6.2.3. Entwicklungen rechtsextremer Einstellungen	49
6.3. Zwischenbewertung	54
6.3.1. Hinweise zur Anschlussfähigkeit des Ethnopluralismus-Diskurses durch entsprechende Items	54
6.3.2. Befunde der Mitte-Studie 2022/23	56
7. Fazit	57
8. Literatur	59
9. Abbildungen	63

1. Einleitung

Ein Gespenst geht um in Europa: das Gespenst einer aufstrebenden (Neuen) Rechten. Die extreme Rechte in Europa hat im letzten Vierteljahrhundert mehrere Aufschwünge erlebt. Im Jahr 2000 schockierte Jörg Haider, ein Anti-Establishment-Demagoge, den Kontinent, indem er in Österreich in die Regierung eintrat: Seine Freiheitliche Partei (FPÖ) ist heute die populärste in Österreich.

In Deutschland ist die offen fremdenfeindliche Alternative für Deutschland (AfD) unterdessen zur zweitstärksten Partei des Landes aufgestiegen. Ihr Erfolg polarisiert die Innenpolitik, und die entsprechenden Protagonisten schicken sich an, bei den Landtagswahlen im nächsten Jahr zu triumphieren. Nächstes Jahr könnten auch die rechten Fraktionen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, die im Juni stattfinden sollen, an Einfluss gewinnen. Marine Le Pen, die ehemalige Vorsitzende des ‚Rassemblement National‘, könnte 2027 die Präsidentschaftswahlen in Frankreich gewinnen. In diesem Fall könnte Frankreich nach Italien, wo Giorgia Meloni und ihre Brüder letztes Jahr in einer Koalition mit der ‚Lega‘ die Macht übernommen haben, das zweite große Land werden, welches von einer extremen Rechten regiert wird.

Rechtspopulistische und rechtsextreme Erscheinungen existieren inzwischen in verschiedenen Ausprägungen und sind seither integraler Bestandteil des gesellschaftlichen Mainstream, und keineswegs mehr am Rande anzusiedeln. Deren Positionen haben es geschafft, in verschiedenen Gesellschaftsbereichen zunehmend an Bedeutung zu gewinnen. Dies wird einerseits durch die Haltungen der Bevölkerung (Decker et al., 2022; Zick et al., 2023) sowie durch die Verbreitung rechtspopulistischer Inhalte in sozialen Medien verdeutlicht (Fielitz/Marcks, 2020).

Vor dem Hintergrund dieses Aufstieges und den damit einhergehenden Herausforderungen kann und sollte es demokratische Intellektuelle motivieren, sich argumentativ-kritisch mit Auffassungen und Hintergründen der Neuen Rechten zu beschäftigen. Denn die Forderungen in Bezug auf den Sozialstaat, die Einwanderung und den Kapitalismus sind keineswegs exklusiv für die Neue Rechte, sondern werden von vielen Teilen der Gesellschaft geteilt, einschließlich linker Gruppen. Wer sich mit den Neuen Rechten beschäftigt, sollte daher die

Inhalte ihrer Kritik an der Gesellschaft zur Kenntnis nehmen und die Logik ihrer Argumentation ernsthaft berücksichtigen.

Insbesondere seit der Ankunft hunderttausender Flüchtlinge in Europa im Jahr 2015 und der damit einhergehenden zunehmenden Kritik an der Migrationspolitik der damaligen Regierung in Deutschland, die ihren Ausdruck vor allem in der Stärkung des nationalkonservativen Flügels der AfD aber auch in der Gründung rechter bzw. rechtsextremer Organisationen wie PEGIDA oder den Identitären fand, hat sich die soziologische und politikwissenschaftliche Forschung im deutschsprachigen Raum auch zunehmend mit dieser Neuen Rechten auseinandergesetzt.

In diesem Zusammenhang liegt der Fokus der Forschung hauptsächlich auf zwei Bereichen: Erstens auf der Rezeption der Konservativen Revolution, insbesondere in Bezug auf Carl Schmitt (Gessenharter, 2007; Kellersohn, 2016; Pfahl-Traughber, 2019, 2022; Schellhöf et al., 2018), und zweitens auf neurechten Organisationen sowie Zeitungen und deren Verbindungen zu rechtspopulistischen Parteien wie der AfD und der FPÖ (Kellersohn, 2016; Braun/Vogt, 2007; Herkenhoff, 2016).

Als Speerspitze der deutschsprachigen Forschung ist hier vor allem Armin Pfahl-Traughber zu erwähnen, welchem aufgrund seiner Funktion beim Verfassungsschutz¹ eine besondere Verantwortung zukommt. Pfahl-Traughber definiert die Neue Rechte als eine „Intellektuellengruppe, die sich insbesondere am Gedankengut der Konservativen Revolution (Ideologie) orientiert, als informelles Netzwerk unterschiedlicher Publizisten (Organisation) besteht und mittels einer Kulturrevolution von rechts den Systemwechsel (Strategie) anstrebt“ (Pfahl-Traughber, 2019: 8).

Aus Sicht des Autors ist für die Analyse der Neuen Rechten der Blick auf die Wurzeln in der Konservativen Revolution zwar notwendig - weshalb in Abschnitt 2.4 auch näher darauf eingegangen wird - jedoch nicht hinreichend, um dieses Phänomen intellektuell fassen zu können. Denn die in dieser Definition enthaltene Begrenzung der ideologischen Einflüsse jener

¹ Armin Pfahl-Traughber fungierte über eine langjährige Periode als Referatsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz in der Abteilung Rechtsextremismus und hat außerdem die Herausgeberschaft des Jahrbuchs für Extremismus- und Terrorismusforschung inne. Er ist Professor an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung im Fachbereich Nachrichtendienste – Abteilung Verfassungsschutz.

Konservativen Revolution führt dazu, dass die Rezeption linker Autoren² in der deutschsprachigen Forschung bisher nicht ausreichend berücksichtigt wurde.

In dieser theoretischen Arbeit soll daher systematisch herausgearbeitet werden, was denn das Neue im Denken der Neuen Rechten, jenseits der bloßen Rezeption zentraler Autoren der Konservativen Revolution, ausmacht.

Daher beginnt der vorliegende Text zunächst mit einer kurzen Einordnung der Neuen Rechten samt Erläuterung des Begriffs der Konservativen Revolution als Ausgangspunkt. Es folgt die Darstellung der Ideen Antonio Gramscis, dessen Theorie die Grundlage der ‚Kulturrevolution von rechts‘ in der oben genannten Definition Pfahl-Traughbers bildet. Anschließend wird in Kapitel 4 (Ethnopluralismus) und Kapitel 5 (neurechter Antikapitalismus bzw. Antiimperialismus) untersucht, in welchem Umfang führende neurechte Autoren in ihren Schriften auf linke Denker³ in Bezug auf zentrale und kontroverse Aspekte ihrer Theorien eingehen. Anschließend wird der Versuch unternommen, das Kalkül hinter diesen Bezügen zu analysieren und zu bewerten welche Relevanz der Neuen Rechten beim ‚Rechtsruck‘ in der Wirkung zukommt. Anhand aktueller empirischer Studien soll in Kapitel 6 schließlich skizziert werden, wie erfolgreich diese ‚Diskurspiraterie‘ als strategische Waffe eingesetzt wird, ist die Wahrscheinlichkeit des Erfolgs doch unter anderem von der Verbreitung entsprechender Denkmuster in der Bevölkerung abhängig. Diese insofern soziologische Untersuchung einer bestimmten Entwicklung des politischen Denkens schließt mit einem Fazit.

² Gender-Hinweis: Die in dieser Arbeit verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich immer gleichermaßen auf weibliche und männliche Personen. Auf eine Doppelnennung und gegenderte Bezeichnungen wird zugunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

³ Der Begriff des Links-Seins ist sehr vielschichtig und wird hier sehr plump verwendet. Gemeint sind im Grunde Autoren, die von der Gleichwertigkeit der Menschen ausgehen und den Egalitarismus unterstützen bzw. in der Regel eine Haltung vertreten, die sich ideologisch von mehr oder weniger ausgeprägten und gefestigten sozialistischen Grundsätzen ableitet.

2. Die Neue Rechte – eine Einordnung

Angesichts des formulierten Erkenntnisinteresses bedarf es zunächst einer Erläuterung dazu, wer oder was sich hinter der Neuen Rechten verbirgt. In Wissenschaft, Journalismus und Verfassungsschutz gibt es vielfältige Auslegungen dieses Begriffs. Weitgehende Einigkeit besteht in der Forschung darüber, dass es sich um eine Strömung mit intellektuellem Anspruch handelt, die sich in Europa parallel zur 1968er Bewegung formierte und sich durch eine vernetzte Struktur und vielfältige Ausprägungen auszeichnet. Dieser neue rechte Flügel verfolgte das Ziel sich aus dem Korsett neonazistischer Ideologien zu befreien, indem dieser – wie wir noch sehen werden – eine neue Denkbewegung entwickelte, die sich nicht mehr vom Nationalsozialismus her verstand, sondern von der Konservativen Revolution (Schellhöh et al., 2018: 36).

2.1. Ursprünge in Frankreich

Das, was heute in Deutschland und Österreich als Neue Rechte bezeichnet wird, hat seine Ursprünge in Frankreich (Christadler, 1983; Jaschke, 1990). Aus diesem Grund verdienen die Entwicklungen dieser Denkschule besondere Beachtung, da sie als Vorlage für die deutschsprachige Neue Rechte diente. Das Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne (GRECE) - eine Gruppe von Intellektuellen - formierte sich in den 1960er Jahren aus Vertretern des traditionellen Rechtsextremismus. Anstelle der Verherrlichung historischer, längst überholter Bewegungen oder politisch gescheiterter Systeme suchten sie nach neuen ideologischen und politischen Perspektiven. Daraus resultierte die Gründung dieser Organisation, die damals als Forschungs- und Studiengruppe firmierte und Kongresse abhielt sowie Zeitschriften veröffentlichte. Ihr erklärtes Ziel war jedoch nicht die Schaffung einer Massenbewegung oder die Gründung einer neuen politischen Partei. Stattdessen strebten die Aktivisten eine ‚Kulturrevolution von rechts‘ an, bei der sie darauf abzielten, ihre Ideen durch einen ‚Kampf um die Köpfe‘ bei der intellektuellen Elite zu etablieren.

Aus diesem Grund wurde der theoretischen Arbeit eine herausragende Bedeutung beigemessen. Dies schloss die Absicht ein, die eigene Ideologie auf eine solide theoretische Grundlage zu stellen. Hierfür diente zunächst die Entdeckung der Ideen der Konservativen Revolution in der

Weimarer Republik als Ausgangspunkt, wie bereits zu Beginn erwähnt wurde. Darüber hinaus bezogen sich die Aktivisten auf Elitentheoretiker, die für den italienischen Faschismus von großer Bedeutung waren. Schließlich glaubten sie, sich auch auf bestimmte Anthropologen, Psychologen und Verhaltensforscher stützen zu können (wie wir noch sehen werden nicht ohne Kalkül). Ein ähnlicher Ansatz wurde später auch von der deutschsprachigen Neuen Rechten verfolgt. Aus diesen Interpretationen entstand eine Ideologie, die die Gleichheitsauffassung als ihren Hauptgegner ansah, die Menschenrechte als Ausdruck des Individualismus ablehnte, ein biologistisches Gesellschaftsbild propagierte und die Einführung einer autoritären Elitenherrschaft befürwortete (Pfahl-Traughber, 2019: 11).

2.2. Weitere Entwicklungen im deutschsprachigen Raum

Im deutschsprachigen Raum spielte Armin Mohler (Pfahl-Traughber, 1998: 167-170; Walkenhaus, 1997) eine entscheidende Rolle für die Neue Rechte. Dies kann insbesondere auf ideologische und publizistische Faktoren zurückgeführt werden. Als promovierter Politikwissenschaftler hatte Mohler in seiner Dissertation die Konservative Revolution wiederentdeckt und sie als eine geistige Strömung dargestellt, die für den Konservatismus als Ganzes von wegweisender Bedeutung werden wird (Mohler, 1989). Schon frühzeitig knüpfte er politische Kontakte zu Alain de Benoist in Frankreich und beeinflusste auch die dortige Neue Rechte. Als in Deutschland zu Beginn der 1970er Jahre der Neokonservatismus aufkam, versuchte Mohler, diese politische Strömung in seine ideologische Richtung zu lenken.

Die bedeutendste Institution der Neuen Rechten in der Gegenwart ist das ‚Institut für Staatspolitik‘ (IfS). Dieses Institut wurde im Jahr 2000 gegründet und wird als eine Denkfabrik für die genannte intellektuelle Strömung angesehen. Das IfS hat seinen Hauptsitz auf dem Rittergut in Schnellroda, Steigra, Sachsen-Anhalt. Dort werden politische Bildungsveranstaltungen in Form von Seminaren und Vorträgen abgehalten, die der ideologischen Schulung und Verbreitung der genannten Ideen dienen (Kellersohn, 2016). Zusätzlich zum Institut gibt es den Internetblog ‚Sezession‘ als wesentliches Publikationsorgan, der aktuelle Kommentare und Beiträge präsentiert, sowie den Verlag ‚Antaios‘, welcher regelmäßig einschlägige Monografien veröffentlicht. Seit 2014 ist der promovierte Philosoph Erik Lehnert der alleinige Leiter des IfS und Geschäftsführer, während Götz Kubitschek die Hauptverantwortung für die Herausgabe der ‚Sezession‘ trägt (Pfahl-Traughber, 2019: 13).

2.3. Organisation

Hinsichtlich der Organisation der europäischen Neuen Rechten ist es – plakativ gesprochen – nicht möglich, eine formale Mitgliedschaft zu beantragen oder sich an eine bestimmte Adresse zu wenden. Stattdessen handelt es sich um ein Netzwerk von vielfältigen Publizisten: Man tauscht sich aus, kennt sich persönlich, liest die Werke der anderen und kommt gelegentlich zusammen. Gemeinsame Berührungspunkte gibt es in Bezug auf die Denker der Konservativen Revolution, aber es gibt auch Meinungsverschiedenheiten in verschiedenen Fragen. Soll man das Christentum befürworten oder ablehnen? Brauchen wir mehr Marktwirtschaft oder einen stärkeren Sozialstaat? Soll man eine radikale Opposition verfolgen oder die Unterstützung von Parteipolitik fördern?

Angesichts dieser Meinungsunterschiede wäre eine festere Organisationsstruktur auch nicht vorstellbar. Stattdessen besteht ein loses und persönliches Netzwerk, das sich insbesondere durch gemeinsame Publikationen und Vorträge manifestiert. Verschiedene Plattformen wie Sammelbände, theoretische Publikationen sowie Konferenzen und Seminare dienen als Foren für den Austausch und die Verbreitung von Ideen (Pfahl-Traugher, 2019: 7).

2.4. Konservative Revolution als Referenzpunkt

Doch nochmals zurück zur Konservativen Revolution, da dieser Begriff als Basis für das Folgende wichtig ist. Die scheinbar widersprüchliche Bezeichnung Konservative Revolution bringt die Absicht zum Ausdruck, dass es das Bestehende nicht länger zu bewahren, sondern vielmehr zu überwinden gilt. Dies bezog sich insbesondere auf die - als demokratischer Verfassungsstaat verstandene - Weimarer Republik. Im Gegenzug sollten verlorengegangene Wertvorstellungen wiederbelebt werden: Elite, Führung, Gott, Nation, Natur, Ordnung, Rasse und Volksgemeinschaft. Man strebte im Wesentlichen nach einer cäsaristischen Diktatur, die auf eine reale Massenbasis stützte. Prominente Befürworter dieser Ideen waren unter anderem Edgar Julius Jung, Arthur Moeller van den Bruck, Carl Schmitt, Ernst von Salomon und Oswald Spengler (Pfahl-Traugher, 2019: 4).

2.4.1. Ein Mythos für den Neuanfang?

Den Begriff Konservative Revolution selbst prägte – wie bereits erwähnt – Armin Mohler in seiner Dissertation von 1949 (Mohler, 1989) in Anlehnung an Arthur Moeller van den Bruck als eine wissenschaftliche Sammelbezeichnung. In dieser Arbeit analysiert und vergleicht er verschiedene anti-demokratische und antiliberal eingestellte Denker aus dem äußersten rechten Spektrum während der Weimarer Republik und schließt in diese vermeintliche Denkschule Publizisten und politische Denker wie Ernst Jünger, Carl Schmitt und Oswald Spengler ein. Er ordnet sie in eine gemeinsame Kategorie ein und konstruiert so den Mythos einer sogenannten Konservativen Revolution.

Dass eine derartig geschlossene Denkschule in der historischen Forschung jedoch nicht nachweisbar ist, belegt Stefan Breuer (Breuer, 1990). Der Begriff wurde zwar von einigen radikalen Publizisten der Weimarer Republik gelegentlich verwendet, jedoch weder in programmatischer noch in einheitlicher Weise. Erst in seiner Dissertation konstruierte Mohler unter Verwendung dieses Begriffs diese scheinbare Denkschule.

Die Autoren, die von Mohler dieser vermeintlichen Strömung zugeordnet wurden, waren aufgrund ihrer stark variierenden Ansichten und Überzeugungen zu unterschiedlich, um als eine homogene Strömung betrachtet zu werden (ähnlich wie das bei den heutigen Neuen Rechten der Fall ist). Zudem gelten viele der Publizisten, die mit der angeblichen Konservativen Revolution in Verbindung gebracht werden, in der Forschung als Ideologen, die den Weg für den Faschismus bereiteten. Ein Beispiel hierfür ist Werner Best, ein SS-Obergruppenführer und Organisator der Gestapo, der behauptete, der Nationalsozialismus verwirkliche die Ideen der autoritär-nationalistischen Publizisten, die Mohler der Konservativen Revolution zurechnete.

Folglich erweist sich die von Mohler postulierte Konservative Revolution als Mythos und seine Dissertation von 1949 kann als das ursprüngliche Dokument betrachtet werden, welches diesen Mythos begründet hat, mit dem offensichtlich politischen Ziel, eine umfassende rechte Denkschule auf akademischer Grundlage zu etablieren, die sich bewusst vom Nationalsozialismus distanzierte. Denn der Zweck dieser Traditionsstiftung bestand darin, die Autoren aus dem äußersten rechten Spektrum von der Kontamination des Nationalsozialismus, bzw. von dem Vorwurf den Aufstieg des Faschismus begünstigt zu haben, zu befreien. Stattdessen sollten sie als Opfer dargestellt werden, deren Ideen von den Nationalsozialisten missbraucht worden waren. Obwohl Mohler vor allem im deutschsprachigen Raum auf Zustimmung stieß, wurde sein Wunsch nach einer Neuen Rechten, die sich auf

antidemokratische und antiliberale Publizisten der Weimarer Republik stützte, zuerst in Frankreich realisiert, wie bereits erläutert wurde (Akdoğanbulut, 2021).

Mohler stilisierte in seiner Dissertation die konservativ-revolutionären Schriften und Angriffe gegen die Weimarer Republik geradezu so, als hätten sie nichts mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus zu tun gehabt. Helmut Kellersohn konstatiert kritisch, dass Mohler hinsichtlich des Verhältnisses seiner Konservativen Revolution zum Nationalsozialismus rückblickend versuchte „zu trennen ..., was in der historischen Realität doch eher durch Nähe und Verwobenheit gekennzeichnet ist“ (Kellersohn, 2005: 84). Im hohen Alter, als Mohler zunehmend auf taktische Rücksichtnahme verzichtete, räumte er die Schwäche seiner Konstruktion selbst ein: „Meine Arbeit über die Konservative Revolution war dazu da, diese Sachen auseinanderzuidividieren – Konservative Revolution und Nationalsozialismus. Es war schon sehr schwer zu unterscheiden; in der historischen Wirklichkeit überschneidet es sich schon sehr“ (Mohler, 2001: 41).

Vor diesem Hintergrund gibt es also berechtigte Vorbehalte gegenüber diesem Begriff (Weiß, 2017: 44; Salzborn, 2017: 23). Pfahl-Traugher bietet hingegen ein differenzierteres Verständnis des Begriffs an, indem er sich auf die Strömung der "Jungkonservativen" konzentriert (Pfahl-Traugher, 1998: 52-53), im Gegensatz zur aus seiner Sicht zu weit gefasster Definition von Mohler.

Resümierend ist es Mohler – trotz aller Mängel und unter großzügiger Auslegung des Begriffs konservativ – aber gelungen, die Legende einer bedeutenden, gegenüber dem Nationalsozialismus unempfindlichen Strömung innerhalb der deutschen Rechten zu installieren. Eine derart gewagte Konstruktion entsprach nicht nur dem Bedürfnis der deutschen Intelligenz nach Selbstentlastung, sondern eröffnete auch der extremen Rechten in der jungen Bundesrepublik die Möglichkeit eines Neuanfangs, von dem sie bis heute profitiert (Weiß, 2017: 48).

2.4.2. Antidemokratische Ausrichtung der Konservativen Revolution

Da die spätere Bedeutung der Jungkonservativen für unseren Kontext wesentlich ist, möchte der Autor an dieser Stelle bereits auf ihre politische Orientierung hinweisen, die sich gegen die Demokratie, die Menschenrechte und den Pluralismus richtete. Die betreffenden Autoren äußerten sich damals in einer Zeit, in der die politischen Rahmenbedingungen der Weimarer

Republik noch sehr unterschiedlich waren. Eine spätere Erklärung zur Konservativen Revolution, wie sie von dem einflussreichen Publizisten Edgar Julius Jung formuliert wurde, verdeutlicht diese dualistischen Wertvorstellungen: „Konservative Revolution nennen wir die Wiederinachtsetzung aller jener elementaren Gesetze und Werte, ohne welche der Mensch den Zusammenhang mit der Natur und Gott verliert und keine wahre Ordnung aufkommen kann. An die Stelle der Gleichheit tritt die innere Wertigkeit, an die Stelle der mechanischen Wahl das organische Führerwachstum, an die Stelle bürokratischen Zwangs die innere Verantwortung echter Selbstverwaltung, an die Stelle des Massenglücks das Recht der Volksgemeinschaft (Jung, 1932: 380).

Infolgedessen wurde auch eine deutliche Abweisung von Individualität und Menschenrechten praktiziert, da diese als Elemente angesehen wurden, die die Einheit und die Gemeinschaft untergraben. Der Kulturphilosoph Oswald Spengler äußerte sich dazu folgendermaßen: „Kein Ich, sondern ein Wir, ein Gemeingefühl, in dem jeder mit seinem gesamten Dasein aufgeht. Auf den einzelnen kommt es nicht an, er hat sich dem Ganzen zu opfern“ (Spengler, 1922: 32). Und weiter führt er aus: „Aber die Gesellschaft beruht auf der Ungleichheit der Menschen ..., gleiche Rechte sind wider die Natur, sind die Zeichen der Entartung altgewordener Gesellschaften, sind der Beginn ihres unaufhaltsamen Zerfalls“ (Spengler, 1933: 66).

Dennoch wurde auf den Begriff der Demokratie Bezug genommen, allerdings wurde seine Bedeutung inhaltlich uminterpretiert. Ein anschauliches Beispiel hierfür bietet der prominente Staatsrechtler Carl Schmitt, der die folgende Definition entwickelte: „Zur Demokratie gehört ... notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen ... Die politische Kraft einer Demokratie zeigt sich darin, daß sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten weiß“ (Schmitt, 1991: 14).

Durch diese Herangehensweise konnte eine Diktatur, die als Inkarnation des wahren Volkswillens dargestellt wurde, unter Berufung auf die Idee der Demokratie legitimiert werden. Genau darauf zielten die Jungkonservativen bzw. Konservative Revolution ab. Ihr Streben war es, eine Art cäsarische Diktatur zu etablieren, die in den Augen der Massen eine gewisse Rechtfertigung fand. Dabei sahen sie weniger Hitler als vielmehr Mussolini als politisches Vorbild. Trotzdem kann die Bezugnahme auf solche Denker kaum als Anzeichen für eine demokratische Haltung angesehen werden (Pfahl-Traugber, 2019: 6).

2.5. Verbindung mit linken Denkern

Das Entscheidende aber war, und das möchte der Autor dieser Arbeit betonen, dass diese intellektuelle Neuausrichtung es der Neuen Rechten von nun an ermöglichte nicht nur rechte oder rechtskonservative Denker in ihren Reihen zu rezipieren, sondern auch linke Denker wie den Kommunisten Antonio Gramsci oder den Ethnologen Franz Boas und diese wiederum mit den üblichen Verdächtigen – Carl Schmitt, Ernst Jünger oder Ernst von Salomon – zu verbinden. Es wurde also der Versuch einer Aufhebung bzw. Synthese der links-rechts-Dichotomie unternommen. Heraus kam eine von links inspirierte und mit rechten Ideen dekorierte Groß Erzählung, die, wie wir gesehen haben, in Deutschland auf Armin Mohler und, wie wir noch sehen werden, später auf Hennig Eichberg, in Frankreich auf Alain de Benoist zurückzuführen ist: Der Ethnopluralismus. Er bereitet und untermauert den ideologischen Boden, auf dem die Neuen Rechten heute stehen; er ist Ursprung und Grund der neuen Ideologie und einer der wichtigsten Abgrenzungspunkte zum ‚alten‘ rechten Denken (Schellhöf et al. 2018: 15). Doch zunächst zu Antonio Gramsci, dessen Ideen die Grundlage der ‚Kulturrevolution von rechts‘ bilden.

3. Antonio Gramscis Hegemoniethorie - die Eroberung der Geister

Von Anfang an war es ein erklärtes Ziel der Neuen Rechten, einen ‚Kulturkampf von rechts‘ zu führen und sich gegen die vermeintliche dominante Position der Linken in Kultur und Gesellschaft zu behaupten. So griff Alain de Benoist, in seinem Artikel von 1977 (Benoist, 1982) mit dem Titel ‚Pour un Gramscisme de droite‘ auf den italienischen Marxisten Antonio Gramsci zurück, um eine intellektuelle Wiederbelebung und strategische Neuausrichtung zu ermöglichen. Er knüpfte an Gramscis grundlegender Idee an, wonach die Erlangung politischer Macht erst nach der Übernahme der kulturellen Macht erfolgen könne. Indem er betonte, dass der gesellschaftliche Wandel zuerst in den Köpfen der Menschen stattfindet, rückte die Neue Rechte die Veränderung von Mentalitäten und Wertvorstellungen in den Mittelpunkt ihrer Agenda. Vor diesem Hintergrund bestehen daher, weder in der wissenschaftlichen Literatur noch seitens der Neuen Rechte selbst, Zweifel daran, dass Antonio Gramsci als deren wesentlicher Vordenker gilt.

Um diesen ‚Gramscismus von rechts‘ verstehen und kritisch beleuchten zu können, werden im Folgenden die wesentlichen Aspekte seiner Theorie näher erläutert. Gramscis zentrale Ideen wurden in 32 Gefängnisheften entwickelt, nachdem er von der faschistischen Regierung Italiens inhaftiert wurde. Seine Manuskripte, die er zwischen 1929 und 1937 im Gefängnis verfasste, sind umfassende Werke über die italienische Geschichte, Politik, Intellektuelle, Philosophie, Literatur und kulturelle Probleme und wurden nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Titel ‚Gefängnishefte‘ (Gramsci, 2012) veröffentlicht.

Wir werden uns dabei besonders für seine Ansichten über den Staat bzw. die Unterscheidung von politischer und ziviler Gesellschaft sowie zwischen kultureller und politischer Hegemonie interessieren. In weiterer Folge soll sowohl auf seinen Begriff der Intellektuellen und deren Unterteilung in organische und traditionelle Intellektuelle als auch auf deren organisierende Funktion eingegangen werden. Abschließend kann somit erklärt werden, wie das Konzept der Hegemonie nach Gramsci für die Neue Rechte fruchtbar gemacht wurde.

3.1. Zivilgesellschaft und politische Gesellschaft

In Gramscis Auffassung von Staat und Gesellschaft sowie ihrem Verhältnis zueinander, gibt es zwei übergeordnete Strukturen: die Zivilgesellschaft und die politische Gesellschaft. Die Zivilgesellschaft kann grundsätzlich als jener Bereich betrachtet werden, in dem Hegemonie entsteht, während die politische Gesellschaft den Bereich der direkten Herrschaft darstellt. Die Zivilgesellschaft nimmt eine zentrale Rolle in Gramscis kritischem Denken ein, da sie in seiner Analyse aufgrund der nicht erfolgten Revolutionen in Westeuropa zwischen den beiden Weltkriegen als eine widerstandsfähige und krisenresistente Struktur der bürgerlichen Herrschaft dargestellt wird. Im Gegensatz dazu war diese Struktur in Russland während der Oktoberrevolution 1917 nicht vorhanden. „Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und gallertenhaft; im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und beim Wanken des Staates gewährte man sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter welchem sich eine robuste Kette von Festungen und Kasematten befand“ (Gramsci, 2012: Heft 4: 783).

Obwohl Gramsci den Begriff der Zivilgesellschaft nicht präzise festlegt, können wir davon ausgehen, dass sie sich zwischen dem Staat und der Wirtschaft befindet und alle Elemente des Privaten umfasst. „Als Zivilgesellschaft fasst GRAMSCI alle formell vom Staat getrennten und insofern ‚privaten‘ Institutionen und Organisationen, vermittels derer um Hegemonie gerungen wird und die (im nie endgültigen Resultat) das ideologische und kulturelle Selbstverständnis einer Gesellschaft prägen und gelingenden Falles die Hegemonie der herrschenden Klasse garantieren“ (Röttger, 2004: 1257).

In den Gefängnisheften ortet Gramsci die Zivilgesellschaft zwischen Ökonomie und politischer Gesellschaft ein, d.h. sie steht zwischen „der ökonomischen Struktur und dem Staat mit seiner Gesetzgebung und seinem Zwang“ (Gramsci, 2012: Heft 10: 1267). Durch die Zuordnung der Hegemonie zur Zivilgesellschaft und des Zwangs zur politischen Gesellschaft hat Gramsci bereits eine weitere grundlegende Unterscheidung getroffen, die für sein Denken von großer Bedeutung ist. Denn eine Klasse kann auf „zweierlei Weise herrschend sein, nämlich ‚führend‘ und ‚herrschend‘. Sie ist führend gegenüber verbündeten Klassen und herrschend gegenüber den gegnerischen Klassen“ (ebd.: Heft 1: 101). Eine Gruppe gilt als führend, wenn sie Hegemonie ausübt, was bedeutet, dass andere Gruppen freiwillig ihrer Herrschaft zustimmen.

Im Gegensatz dazu wird eine Gruppe als herrschend angesehen, wenn sie die Funktion der ‚direkten Herrschaft‘ oder des Kommandos ausübt, die sich im Staat und in der ‚formellen‘ Regierung manifestiert (ebd.: Heft 7: 1502). Demnach können Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Parteien, Medien und kulturelle Gemeinschaften als Teil der Zivilgesellschaft betrachtet werden. Oftmals werden auch Unternehmen als Bestandteile der Zivilgesellschaft angesehen. Eine zentrale Eigenschaft dabei ist, dass es sich bei diesen Institutionen nicht um unmittelbare Verbindungen zur Staatsmacht handelt (Votsos, 2001: 91).

In seiner berühmten Formel definiert Gramsci „Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt, Hegemonie gepanzert mit Zwang“ (ebd.: Heft 4: 783). Demnach besteht der gramscianische integrale Staat einerseits aus der politischen Gesellschaft, welcher sich aus den staatlichen Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative (= Zwang) zusammensetzt, und andererseits aus der Zivilgesellschaft, als Sphäre des allgemein als privat bezeichneten (Kaminski et al, 1982: 184; Gündogan, 2008: 53).

Doch „im konkreten historischen Leben sind politische Gesellschaft und Zivilgesellschaft ein und dasselbe“ (Gramsci, 2012: Heft 3: 499). Die klare Abgrenzung zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft ist daher nicht starr, da es immer wieder Schnittmengen und Verknüpfungspunkte zwischen ihnen gibt. Gramsci betont, dass diese Trennung rein methodisch zu betrachten ist, da sie der Analyse ihrer Funktion sowie des Verhältnisses von Zwang und Konsens, das Gramsci als dialektisch bezeichnet, dienen soll. In beiden Fällen zielen sie darauf ab, die Bereitschaft zur Unterstützung zu erzeugen. Die Zivilgesellschaft, als Sphäre der kulturellen Hegemonie, erreicht dies eben durch freiwillige Zustimmung, während die politische Gesellschaft auf Zwang setzt. Letztendlich tragen jedoch beide dazu bei, die herrschende Klasse in ihrer Position zu festigen.

Wenn also die Bereitschaft zur Zustimmung innerhalb der Zivilgesellschaft hergestellt werden kann, ist weniger Zwang erforderlich, und umgekehrt. Ein ausgeprägter Zwangsapparat eines Staates deutet darauf hin, dass die herrschende Klasse nicht auf die Zustimmung der übrigen Bevölkerung zählen kann und daher nicht führend, sondern nur herrschend ist: „Im Osten war der Staat alles ...“ (ebd.: Heft 4: 783). Wobei die beiden Formen auch nicht unabhängig voneinander bestehen können, denn „die ‚normale‘ Ausübung der Hegemonie auf dem klassisch gewordenen Feld des parlamentarischen Regimes zeichnet sich durch die Kombination von Zwang und Konsens aus die sich in verschiedener Weise die Waage halten,

ohne daß der Zwang zu sehr gegenüber dem Konsens überwiegt, sondern im Gegenteil sogar versucht wird, zu erreichen, daß der Zwang auf den Konsens der Mehrheit gestützt scheint“ (ebd.: Heft 7: 1610). Nach seiner Überzeugung führen Veränderungen in der Zivilgesellschaft⁴ folglich zu Veränderungen in der politischen Gesellschaft und beeinflussen somit den Staat, da die politische Gesellschaft in der Ausübung des Zwanges auf den zivilgesellschaftlichen Konsens gestützt ist. In der Zivilgesellschaft wird somit die wahre Hegemonie und der Konsens geformt, und folglich entsteht hier auch die öffentliche Meinung. Wobei diese öffentliche Meinung in der Zivilgesellschaft jedoch mit dem Staat verbunden ist, da dieser gelegentlich in die Zivilgesellschaft eingreifen kann, um Unterstützung für unpopuläre Maßnahmen zu gewinnen. Die so geprägte öffentliche Meinung hat ihrerseits Einfluss auf den Staat und trägt dazu bei, ihn zu formen: „Durch die öffentliche Meinung wird die freiwillige, durch kollektive Praktiken und private Initiativen geschaffene konsensuale Grundlage geschaffen, die den Staat tragen bzw. schützen soll“ (Emtmann, 1998: 73).

3.2. Die Rolle der Intellektuellen

Intellektuelle spielen in Gramscis Hegemoniekonzept eine besondere Rolle. Diese agieren aufgrund ihrer verschiedenen Tätigkeiten auf unterschiedlichen Ebenen. Denn sie sind sowohl als Funktionäre der Hegemonieapparate der Zivilgesellschaft aufzufinden, sowie als Funktionäre der Staatsapparate der politischen Gesellschaft (Demirovi, 2007: 34). Gramscis Verwendung des Begriffs Intellektuelle sollte dabei vor allem funktional und analytisch im Rahmen seines Konzepts der Hegemonie betrachtet werden. Er definiert Intellektuelle nämlich nicht im üblichen Sinne, wie es in der Alltagssprache der Fall ist. Für ihn kann im Grunde jeder Mensch als Intellektueller betrachtet werden, vorausgesetzt, er oder sie erfüllt die erforderliche gesellschaftliche Funktion (Gramsci, 2012: Heft: 1500).

Des Weiteren widerspricht Gramsci einer simplen Dichotomie zwischen körperlicher und intellektueller Arbeit, da er davon überzeugt ist, dass jede Art von Arbeit ein gewisses Maß an Intellektualität erfordert (Emtmann, 1998: 132). Sowohl körperliche als auch intellektuelle Arbeit beinhalten aus seiner Sicht sowohl körperliche als auch intellektuelle Elemente. Daher

⁴ Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass sich die ‚gramscianische‘ Auffassung des Begriffs Zivilgesellschaft, von eher positiven Konnotationen wie dies beispielsweise bei Jürgen Habermas der Fall wäre, dessen Zivilgesellschaft als unabhängiger Bereich zwischen der privaten Sphäre und der politischen Sphäre betrachtet wird, in welcher öffentliche Diskurse herrschaftsfrei stattfinden und sich eine konsensuelle öffentliche Meinung bilden kann, fundamental unterscheidet (Demirovi, 2007: 28).

kann eine Definition des Begriffs nur im sozialen Kontext erfolgen. Darüber hinaus sind Intellektuelle, wie alle anderen Gesellschaftsmitglieder auch, in Gramscis Sichtweise fest in die Gesellschaft eingebunden und tragen zur Reproduktion dieser Gesellschaft bei. Die zentrale Rolle der Intellektuellen besteht darin, die Verbreitung und Aufrechterhaltung der bürgerlichen Herrschaft durch ihre spezifischen Funktionen zu ermöglichen: „Indem sie als Intellektuelle bestimmte Aufgaben übernehmen und differenziert ausarbeiten, verallgemeinern sie die Lebensweise und Existenzgrundlagen des Bürgertums“ (Demirovi, 2007: 34). Damit sind alle Akteure, die aktiv oder passiv zur Erhaltung der Herrschaft beitragen, Intellektuelle. Diese sind für die Produktion und Organisation von Wissen verantwortlich, und bestimmen somit was in der Gesellschaft als anerkanntes Wissen gilt.

Es kann also zweifellos festgestellt werden, dass die Intellektuellen die zentralen Akteure bei der Bildung und Organisation von Konsens sind. Für Gramsci sind Intellektuelle „die Gehilfen der herrschenden Gruppe bei der Ausübung der subalternen Funktionen der gesellschaftlichen Hegemonie und der politischen Regierung“ (Gramsci, 2012: Heft 7: 1502). Intellektuelle sind also ‚Funktionäre der Zivilgesellschaft‘, die den Konsens im Sinne der Interessen der herrschenden Klassen herstellen (Votsos, 2001: 135). Die politische Funktion hingegen meint die Organisation des „staatlichen Zwangsapparats, der ‚legal‘ die Disziplin derjenigen Gruppen gewährleistet, die weder aktiv noch passiv zustimmen“ (Gramsci, 2012: Heft 7: 1502).

Zusammengefasst kann die Rolle der Intellektuellen als die von Vermarktern, Vermittlern, Produzenten und Organisatoren von Hegemonie betrachtet werden (Buci-Glucksmann, 1981: 46). Dies bedeutet, dass Intellektuelle einerseits die Interessen der herrschenden Gruppen verbreiten und verallgemeinern, andererseits jedoch auch dazu beitragen, dass die herrschende Klasse sich selbst als Gruppe definiert und ihre Funktionsweise herausbildet. „Jede soziale Gruppe bringe, entsprechend ihrer Funktion im ökonomischen Produktionsprozeß, organisch eine oder mehrere Intellektuellengruppen hervor, die für diese soziale Gruppe Homogenität und Bewusstsein schaffen solle, und zwar nicht nur im ökonomischen, sondern auch im sozialen und politischen Bereich“ (Emtmann, 1998: 131). Diese Intellektuellen bezeichnet Gramsci als organische Intellektuelle, die den bereits bestehenden traditionellen Intellektuellen gegenüberstehen. Ihre Aufgabe besteht darin, die Ideen oder die Ideologie ihrer jeweiligen Gruppe auf gesellschaftlicher und kultureller Ebene zu verbreiten (Srivastava & Bhattacharya, 2012: 58). Sie fungieren somit als Vermittler zwischen den Massen, zu denen sie als organische Intellektuelle eine direkte Verbindung haben, und der politischen Gesellschaft (Dogan, 2017:

174). Das Hauptziel besteht darin, Konsens zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen herzustellen, indem sie entweder die Hegemonie der herrschenden Klasse unterstützen oder eine neue Hegemonie etablieren (ebd.). Man könnte also gemäß Gramsci argumentieren, dass traditionelle Intellektuelle eher die ländliche Umgebung repräsentieren, während die organischen Intellektuellen den Kapitalismus verkörpern. Traditionelle Intellektuelle werden stark von Korps- und Kastendenken beeinflusst und spielten zumindest zu der Zeit Gramscis eine entscheidende Rolle als Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft⁵ (Buci-Glucksmann, 1981: 47).

Es lässt sich also konstatieren, dass die Intellektuellen eine entscheidende Rolle bei der Herstellung von Hegemonie spielen, da sie den Konsens, der die Grundlage für die Hegemonie bildet, erst schaffen. Daher ist es notwendig, sowohl auf die organischen Intellektuellen als auch auf die traditionellen Intellektuellen zurückzugreifen, um Hegemonie zu erreichen (Dylan, 2015: 176). Mit diesen Begriffen ausgestattet, lässt sich im Folgenden der Begriff der Hegemonie bei Gramsci erfassen.

3.3. Der Hegemoniebegriff

Gramsci definiert Hegemonie eben nicht nur als die Grundlage von Herrschaft, sondern als ein Prinzip, das die gesamte Gesellschaft durchdringt und auf alle ihre Bereiche Einfluss ausübt. Hegemonie ist „ein bestimmtes System moralischen Lebens“ (Gramsci, 2012: Heft 8:1076). Dieses System ist dabei dynamisch und keineswegs feststehend oder absolut. Es gibt keinen stabilen Zustand, in dem die Hegemonie einer sozialen Gruppe unangefochten bleibt. Vielmehr sollte Hegemonie als vorübergehend und abhängig von bestimmten Prozessen betrachtet werden. (Nieto-Galan, 2011: 456).

Es gibt daher immer „einen Kampf zwischen zwei Hegemonien“, durch den sich die bestehende Hegemonie verändert, sei es durch ihre Ablösung durch eine andere Hegemonie oder durch ihre Anpassung an eine andere Hegemonie (Gramsci, 2012: Heft 8: 1076). „Es kann und es muß eine ‚politische Hegemonie‘ auch vor dem Regierungsantritt geben, und man darf nicht nur auf die durch ihn verliehene Macht und die materielle Stärke zählen, um die politische Führung oder Hegemonie auszuüben“ (Gramsci, 2012: Heft 1: 102).

⁵ Gramsci nennt an mehreren Stellen Priester als Beispiel

Die obige Unterscheidung zwischen ‚herrschen‘ und ‚führen‘ gewinnt im Zusammenhang mit dem Konzept der Hegemonie an Bedeutung. Hieraus lassen sich mehrere wesentliche Aspekte des Hegemoniebegriffs ableiten. Erstens ist die Hegemonie einer bestimmten sozialen Gruppe eine notwendige Voraussetzung dafür, dass diese Gruppe die staatliche Herrschaft übernehmen kann. Sie stellt somit eine grundlegende Bedingung für die Machtergreifung einer bestimmten Gruppe dar. Zweitens wird deutlich, dass die Zivilgesellschaft die übergeordnete Ebene ist, auf der sich die Hegemonie entwickelt. Die staatliche Macht ist daher einseitig von der Entwicklung der Hegemonie auf zivilgesellschaftlicher Ebene abhängig. Schließlich wird verdeutlicht, dass Hegemonie nicht als eine einmalige Hürde auf dem Weg einer sozialen Gruppe zur staatlichen Macht betrachtet werden kann, sondern auch nach der Übernahme dieser Macht weiterhin von Bedeutung ist. Mit anderen Worten, Hegemonie kann niemals als ‚abgeschlossen‘ angesehen werden. Der Begriff hat vielmehr einen prozeduralen Charakter: Die Hegemonie entwickelt sich im Laufe der Zeit in Abhängigkeit von sozialen Problemen und deren öffentlicher Diskussion.

Auf einen Punkt gebracht, kann der Gramscismus somit als eine Theorie der politischen Machtergreifung definiert werden, bei der die Macht nicht durch eine Revolution, sondern durch die Beeinflussung des Konsenses auf der Ebene der Zivilgesellschaft erlangt wird. Eine wesentliche Voraussetzung für diese Beeinflussung sind die Intellektuellen, die in der Lage sind, gesellschaftliche Gruppen zu mobilisieren und zu organisieren. Diese organisierten gesellschaftlichen Gruppen finden ihren Ausdruck in politischen Parteien, die als zivilgesellschaftliche Institutionen maßgeblich dazu beitragen, den Konsens zu beeinflussen. Dabei zeichnet sich Gramscis Hegemoniekonzept insbesondere dadurch aus, dass es nicht nur die Schaffung von Hegemonie durch die bürgerliche oder kapitalistische Klasse behandelt, sondern auch die Strategien und Methoden zur Erhaltung der Macht. Hegemonie basiert daher nicht ausschließlich auf Zwang, obwohl die Rolle dieses Elements als Instrument der Herrschaft nicht vernachlässigt wird. Vielmehr handelt es sich um einen komplexen Prozess, der Widersprüche und Wechselwirkungen einschließt. Folglich entsteht Hegemonie sowohl durch die aktive als auch die passive Zustimmung zu einem Konsens und beinhaltet in hohem Maße auch die Bildung von Kompromissen. Hegemonie – und das unterscheidet Gramscis Konzept von anderen Konzepten seiner Zeit – bedeutet „nicht einfach erzwungene Unterwerfung“, sondern beinhaltet „vielmehr die aktive Zustimmung der Subalternen zu ihrer Unterwerfung“ (Candeias, 2008: 19). Und genau dieses Konzept machten sich die Neuen Rechten zu Nutze.

3.4. Aneignung durch die Neue Rechte

Benoist entwickelt seinen Ansatz des ‚Gramscismus von rechts‘ im Abschnitt über ‚Die kulturelle Macht‘ in seinem Buch ‚Kulturrevolution von rechts‘, das 1985 veröffentlicht wurde (Benoist, 2017)⁶. Zunächst führt er aus, dass alles politisch ist. „Alle Gebiete des Denkens und des Handels, sofern sie dem menschlichen Raum zugehören, weisen eine ideologische Dimension auf ... man kann sich folglich die Frage stellen, ob das Spiel um den entscheidenden Einsatz des Politischen, was das Wesentliche anbelangt, noch in der Arena der ‚Politik der Politiker‘ seinen Ort hat. Er stellt somit die ‚klassische‘ politische Macht der kulturellen Macht gegenüber: „Diese Frage zu stellen heißt, die Existenz einer kulturellen Macht zur Sprache zu bringen, die sich parallel zur politischen Macht installiert hat und dieser in gewisser Weise vorausgeht“ (ebd.: 66). In weiterer Folge heißt das „die Gestalt jenes großen Theoretikers der ‚kulturellen Macht‘, des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci, heraufzubeschwören ...“ (ebd.: 67).

3.4.1. Benoists Fokus auf Ideologie und Deutungshoheit

In weiterer Folge lässt sich auch bei Benoist die Unterscheidung zwischen politischer Gesellschaft und Zivilgesellschaft feststellen⁷ (ebd.: 71). „Mit bürgerlicher Gesellschaft ... bezeichnet Gramsci den gesamten ‚privaten‘ Sektor, das heißt den kulturellen, intellektuellen, religiösen und moralischen Bereich, insofern dieser im System der Bedürfnisse, in der Rechtsprechung, in der Verwaltung, in den Korporationen etc. zum Ausdruck kommt“ (ebd.: 72). Er führt weiter aus „in Wirklichkeit ‚organisiert der Staat den Konsens‘, das heißt er lenkt die Dinge nicht nur, indem er auf seinen politischen Apparat zurückgreift, sondern auch mittels einer impliziten Ideologie, die auf Werten beruht, welche von der Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder anerkannt und als selbstverständlich betrachtet werden“ (ebd.). Auffallend ist hier der Begriff der Ideologie unter welchen er die Kultur in weiterer Folge subsumiert. „... es kommt dem Staat dank der Existenz und der Aktivität der kulturellen Macht auch eine Art von ‚ideologischer Hegemonie‘, eine spontane Zustimmung der Mehrheit zu einer Auffassung der Dinge, zu einer Weltsicht zu gute ...“ (ebd.). Die kulturelle Hegemonie bei Gramsci wird demnach auf die kulturelle Macht, nämlich die Ideologie, verkürzt, die er

⁶ Wie eingangs erwähnt, geht Benoist in seinem Artikel von 1977 (Benoist, 1982) mit dem Titel ‚Pour un Gramscisme de droite‘ bereits deutlich auf Gramsci ein, wobei er in ‚Kulturrevolution von rechts‘ noch klarer seinen eigenen Ansatz hervorstreicht und wie er diesen für die Neue Rechte nutzbar machen möchte.

⁷ Anstelle von ‚Zivilgesellschaft‘ nutzt Benoist den Begriff der ‚bürgerliche Gesellschaft‘. Diese Abweichung lässt sich wohl auf die Übersetzung der Werke zurückführen, heißt es im Original doch ‚Società civile‘.

fortfolgend „... eng mit den Mentalitäten, das heißt mit der geistigen Konstitution der Völker verknüpft“ (ebd.: 73) sieht. Benoist entwickelt hier einen, von Gramsci abweichenden, einfacheren Hegemoniebegriff mit einem Fokus auf die ‚Weltsicht‘. Denn „um die politische Mehrheit auf Dauer zu erringen, muß man zunächst die ideologische Mehrheit erringen, denn erst, wenn sie für Werte gewonnen ist, die von ihren eigenen Werten verschieden sind, wird die bestehende Gesellschaft in ihren Grundfesten zu wanken und ihre effektive Macht abzubröckeln beginnen“ (ebd.: 75). Er raubt damit dem Begriff der Zivilgesellschaft, welcher sich bei Gramsci durch ein komplexes Zusammenspiel sozialer Gruppen und Institutionen auszeichnet, jegliche tiefere Dimension. Es geht nicht um die kulturelle Hegemonie im Sinne Gramscis, sondern in vereinfachter Form um die Deutungshoheit. Diese zu erreichen, sieht er entsprechend als Aufgabe der Neuen Rechten. Vor diesem Hintergrund überrascht es auch nicht, dass Benoist die Rolle der Intellektuellen simpler auffasst. Anders als bei Gramsci, welcher die Organisation (der Hegemonie) und Verbindung auf der zivilgesellschaftlichen Ebene als Aufgabe der Intellektuellen versteht (Abschnitt 3.2.), liegt deren (einzige) Funktion aus Sicht Benoists darin, „den Kulturkrieg zu gewinnen“ (ebd.).

3.4.2. Schwäche der liberalen Demokratie als Chance für die Neue Rechte

Eine besondere Chance für die Neue Rechte sieht Benoist ferner in der Schwäche der liberalen Demokratie. Denn „Gramsci, der in den dreißiger Jahren schreibt, weiß sehr wohl, daß die Zeit ‚nach dem Faschismus‘ nicht sozialistisch sein wird. Aber er glaubt, daß diese Periode, während der der Liberalismus erneut herrschen wird, eine ausgezeichnete Gelegenheit eröffnet, um die kulturelle Infiltration zu praktizieren, da die Verfechter des Sozialismus und des Marxismus sich dann moralisch in einer Machtposition befinden werden“⁸ (ebd.: 77). Er führt weiter aus: „Die liberalen Mächte sind nämlich Gefangene ihrer eigenen Prinzipien, und sind es in doppelter Hinsicht: Einerseits ist in einer pluralistischen politischen Ordnung die freie Konkurrenz notwendigerweise allen vorhandenen Ideologien garantiert, und die Gesellschaft kann die subversiven Ideologien nicht zur Verantwortung ziehen, ohne selbst tyrannisch zu werden (oder als tyrannisch zu gelten)“ (ebd.: 79). Er setzt seine Erklärung weiter fort und meint, dass die liberale Demokratie, über das hohe Prinzip der freien Meinungsäußerung, eine Waffe auf sich selbst richtet, denn „... der Staat kann den Besitz von Waffen oder die Verwendung von Sprengstoff verbieten, aber er kann nur sehr schwer, ohne das Prinzip der freien Meinungsäußerung anzutasten, die Verbreitung eines Buches oder die Aufführung eines

⁸ An welcher Stelle Gramsci das angeblich sagt, entzieht sich der Kenntnis des Autors.

Schauspiels verbieten, die jedoch, wenn es darauf ankommt, Waffen darstellen können, die gegen ihn (den Liberalismus) gerichtet werden“ ... aufgrund dieser Tatsache läuft die liberale Gesellschaft Gefahr, sich langsam selbst umzubringen...“ (ebd.: 80). Und genau diese Schwäche kann sich nicht nur die Linke, sondern eben auch die Neue Rechte zunutze machen.

3.4.3. Diskurspiraterie als strategische Waffe

So wird klar, worauf Benoist Strategie hinausläuft. Die Beeinflussung der Ideologie soll durch publizistische Bemühungen mit dem Ziel geschehen, eine breite Zustimmung in der Gesellschaft zu gewinnen. Dieses Streben zielt darauf ab, bis hin zu einer politischen Machtposition für die Neue Rechte eine dominante Mehrheit von Anhängern zu gewinnen. Dies gilt für sämtliche Verlage, und Einrichtungen wie dem IfS. So wird Benoist selbst zum organischen Intellektuellen im Sinne Gramscis. Doch auch moderne Vertreter der Neuen Rechten wie Götz Kubitschek oder Martin Sellner (Identitäre Bewegung) können als solche angesehen werden, stehen sie doch in engem Kontakt mit z.B. Björn Höcke (AfD) oder tauchen als Redner bei PEGIDA Veranstaltungen auf und fungieren so als Stichwortgeber einer bestimmten sozialen Gruppierung.

Die Neue Rechte betrachtet Hegemonie als ihren Gegner und richtet ihre Texte und Theorien gegen diese vorherrschende Strömung. Es ist in zahlreichen Schriften neurechter Autoren offensichtlich, dass die Linke die hegemoniale Position innehat und die Rechte somit Widerstand gegen diese dominierende Gruppierung leisten muss⁹. Es ist wichtig zu beachten, dass der Hegemoniebegriff in der Rezeption von Benoist stark vereinfacht wurde. Während Gramsci ihn als ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ansieht, das die gesamte Zivilgesellschaft durchdringt und beeinflusst, reduziert Benoist ihn auf seine ideologische Komponente. Die Vorstellung, dass die Herrschaft der herrschenden Klasse ausschließlich auf die Kontrolle des Diskurses oder der öffentlichen Meinung zurückzuführen ist, greift jedoch zu kurz¹⁰. Daher handelt es sich weniger um eine direkte Übernahme von Gramscis Konzept als vielmehr um eine Rezeption von Benoists Interpretation der Hegemonietheorie in der ‚Kulturrevolution von rechts‘. Kritiker verwiesen die Bedeutung der Gramsci-Rezeption daher früh in den Bereich der Legende: „Bei Benoist & Co wurde freilich das materialistische Konzept Gramscis eigenartig spiritualisiert. Ein raunender Ton machte sich breit. Mit dem

⁹ Je nach Kontext und Autor können diejenigen, die die Hegemonie innehaben, aber auch die Liberalen, die Linkliberalen, die Befürworter des Multikulturalismus oder die Globalisten sein.

¹⁰ Wobei offen bleibt, was sie genau unter ‚Diskurshegemonie‘ verstehen. Sie betonen lediglich, dass es eine deutliche Übermacht linker Einflüsse im Vergleich zu rechten Einflüssen gibt, insbesondere in den Medien und im öffentlichen Diskurs.

Verständnis einer zentralen konzeptionellen Unterscheidung im Zusammenhang der Hegemonietheorie Gramscis war es nicht so weit her. Niemand hatte ihn aufmerksam gelesen, aber dauernd wurde er beschwörend murmelnd zitiert“ (Jäger, 2004: 104).

Der Kampf gegen die Hegemonie ist also aus Sicht der Neuen Rechten ein Kampf gegen die bestehende Herrschaft (der Linken) und eine Bemühung, eine neue Form der Herrschaft zu etablieren. Das ist so weit per se aus Sicht des Autors auch nicht unbedingt problematisch, sofern das Ganze innerhalb eines demokratischen Rahmens vonstatten geht. Wenn jedoch eine Gruppierung gegen die bestehende Herrschaft und den demokratischen Liberalismus an sich kämpft, könnte dies darauf hindeuten, dass sie nicht nur eine Veränderung der aktuellen Regierung anstrebt, sondern vor allem eine systemische Veränderung ins Auge fasst. Dieser Aspekt wird insbesondere in dem Moment kritisch, wenn man die herausgestellte Ablehnung des Liberalismus und die Verbindung von Rasse, bzw. Ethnie und Kultur hinzuzieht. Wir werden daher im nächsten Abschnitt untersuchen, wie es darum bestellt ist.

4. Ethnopluralismus – It's the Kultur, stupid!

Der Kerngedanke des Ethnopluralismus geht davon aus, dass Völker von Natur aus unterschiedlich sind und dass sie das Recht haben, als mehr oder weniger homogene Gruppen mit einer gemeinsamen Kultur zu existieren. Daher rührt auch seine Anziehungskraft für diejenigen, die den Rassismus ablehnen, denn diese Denkrichtung beruht nicht (mehr) darauf, dass ein Volk sich als überlegen gegenüber anderen ansieht und dies als Rechtfertigung für die Missachtung oder Auslöschung anderer Völker verwendet.

Die Parole "Österreich den Österreichern" wird in diesem Kontext durch "Frankreich den Franzosen" oder "Polen den Polen" ergänzt. Jedes Volk soll seinen eigenen Platz, sein eigenes Territorium haben. Einwanderung, und damit die Vermischung von Kulturen, wird als potenzielle Bedrohung für die Erhaltung der jeweiligen Kultur betrachtet. Carl Schmitts berühmtes Zitat: „Wer Menschheit sagt, will betrügen“ bringt es auf den Punkt (Schmitt, 1991: 55). In dieser Sichtweise gibt es keine universelle Menschlichkeit; stattdessen wird betont, dass jeder Mensch durch seine eigene Kultur geprägt ist, die als eine Art angeborene Grundlage angesehen wird (Schellhöh et al., 2018: 17).

4.1. Rechtes Denken in Gruppen

„Rechts zu denken, heißt, dass man menschliche Existenz nur [!] als unhintergehbare Gruppenexistenz denken kann – mit allen Konsequenzen, die man dann theoretisch, normativ und auch politisch hat. Menschen sind dann in erster Linie Mitglieder größerer Gemeinschaften, und die Lösung gesellschaftlicher Probleme wird letztlich der Homogenität beziehungsweise der inneren Kohäsion einer solchen Gruppe auferlegt“ (Nassehi, 2015: 34-35).

Der rechtsextremistische Ethnopluralismus postuliert also die Ablehnung des Zusammenlebens verschiedener ethnischer Gruppen und strebt an, die Einwanderung von Personen, die nicht ethnisch z.B. deutsch sind, zu verhindern oder auf ein minimales Niveau zu beschränken. Dieser Diskurs bietet Unterstützung für diese Ansichten. Menschen, die dann keine z.B. ethnischen Deutschen sind, werden, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, als störende Elemente betrachtet, die die ‚nationale Identität‘ der Deutschen gefährden. Ähnliches gilt für kulturelle Einflüsse, die nicht als deutsch angesehen werden, insbesondere solche aus der islamisch

geprägten Welt und den USA. Die nationalrevolutionären Teile der Neuen Rechten positionieren sich als antiimperialistisch und haben in der Vergangenheit gleichermaßen gegen die Sowjetunion (den "Wodka- und Cola-Imperialismus") opponiert.

Besonders für neuere Ausformungen des Rechtsextremismus, wie die Identitäre Bewegung, bildet der Ethnopluralismus die erklärte Grundlage ihrer Agitation und ihrer Beziehung zu Europa, dem Volk und der Nation. Sie haben dazu beigetragen, dieser Szene ein modernes Erscheinungsbild und einen subversiven Reiz zu verleihen. Dabei distanzieren sie sich sowohl von der NS-Nostalgie als auch von dem proletarischen Habitus rechtsextremistischer Skinheads.

Im Folgenden soll daher untersucht werden welche Theorien und Ziele dem Diskurs des Ethnopluralismus zugrunde liegen, sowie in welchen verschiedenen Gruppen und Varianten er auftritt und, ob dieser Diskurs eine Grundlage für Fremdenfeindlichkeit im ansprechenden Ton bietet, die nicht nur in Randgruppen, sondern auch in breiteren gesellschaftlichen Kreisen, einschließlich der sogenannten ‚Mitte‘ der Gesellschaft, auf Zustimmung stoßen kann (Schellhöh et al., 2018: 35).

4.2. Die nominalistische Wende als Ausgangspunkt

Wie Daniel-Pascal Zorn in (Schellhöh et al., 2018: 26) verdeutlicht, macht Mohler in seinem Aufsatz ‚Die nominalistische Wende‘ von 1978 seinen Kollegen ein strategisches Angebot. Er beabsichtigt den Versuch zu unternehmen, „die Axiome zu nennen, von denen ... rechtes Denken allein ausgehen kann“ (Mohler, 1981: 55). Um „den Konflikt der Konflikte im konservativen Lager“ durch eine, wie er sagt, „Flurbereinigung“ (Mohler, 1981: 66) zu lösen, skizziert er die traditionelle konservative Auffassung unter dem Begriff des Universalismus. Mohler behauptet, dass dieser Universalismus „der Versuchung nicht widerstehen kann ..., sich bei seinem Handeln auf jenes Zusammenfallen von Denken und Wirklichkeit zu berufen“ (Mohler, 1981: 62). Dies jedoch, wie er mit Nietzsches Worten sagt, sei eine zu radikale Annahme. Sie führe zwangsläufig dazu, jeden anderen als potenziellen Befürworter oder Gegner der geforderten Ordnung zu betrachten: „Der andere ist für den Universalisten ... der, der das Falsche tut“ (Mohler, 1981: 62). Selbstverständlich möchte Mohler seine Kollegen nicht abschrecken. Er anerkennt daher, dass „der Universalismus als Prinzip“ seinem eigenen Vorschlag überlegen ist (Mohler, 1981: 62). Er ist überlegen – aber „nur in der Theorie ... – in

Wirklichkeit hat es ihn bisher nie gegeben“ (Mohler, 1981: 63). Die Geschichte, so Mohler, ist gesäumt von den „Ruinen jener ... Denksysteme, welche in Anspruch nehmen, auf jede Frage die einzige, richtige und umfassende Antwort zu haben“ (Mohler, 1981: 63). In der Situation einer liberalen Demokratie bleibt dem konservativen Universalisten so nur „ein recht privates Wüten der Verkündigung übrig“ (Mohler, 1981: 64). Mohlers Gegenentwurf ist ein radikaler Relativismus, den er im Aufsatz ‚Nominalismus‘ nennt. Er besteht in einer strategischen ‚Beschränkung‘ (Mohler, 1981: 65) der Geltungsansprüche. Anstatt sich auf eine immer schon vorgegebene Ordnung zu beziehen, orientiert sich der Nominalist am Besonderen und Einzelnen. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass Mohler hier keinen selbstkritischen Empirismus vorschlägt. Die Sichtweise bleibt dogmatisch – sie orientiert sich nur nicht mehr an einer totalen Ordnung. Stattdessen wird das Prinzip umgekehrt: Alle Nominalisten sind dadurch miteinander einig, dass sie alle ihre eigene, beschränkte Wirklichkeit gleichwohl dogmatisch setzen.

Aber besteht nicht die Gefahr eines ‚Kriegs aller gegen alle‘, wie von Thomas Hobbes beschrieben, wenn man dem Relativismus folgt? Mohler ist sich bewusst, dass seine Option nur eine strategische sein kann. „Zur Lehrmeinung ... läßt sich der Nominalismus nur schwer machen“ (Mohler, 1981: 74), wie Mohler selbst weiß. Es ist jedoch gerade das Wesentliche an seinem Vorschlag, nicht von einer absoluten Lehrmeinung auszugehen. Das „Kritische, Abbauende am Nominalismus ist ... nicht Selbstzweck, sondern Marscherleichterung, um schneller voranzukommen“ (Mohler, 1981: 67).

Um sicherzustellen, dass ein Relativismus, der isolierte dogmatische Positionen zulässt, nicht in einem Konflikt ‚jeder gegen jeden‘ endet, ist ein gemeinsames Feindbild erforderlich. Mohlers Nominalismus eignet sich jedoch nicht nur dazu, den Universalismus in den eigenen Reihen anzugreifen. Er dient auch dazu, den Liberalismus als Feindbild zu etablieren: „Die nominalistische Wende setzt dem Liberalismus [!], der uns krank macht, ein Ende“ (Mohler, 1981: 70). Im Gegensatz zur Durchsetzungsstrategie kann Mohler hier das bereits bestehende Feindbild der alten konservativen Ideologien unverändert übernehmen. Seit der Gegenbewegung zur Aufklärung im 18. Jahrhundert versuchen diese, den Liberalismus als eine dogmatische Gegenordnung darzustellen und die liberalen Werte ins Lächerliche zu ziehen. Gleichberechtigung wird zur absurd scheinenden Forderung. Freiheit wird zur Zerstörung und Auflösung der Gesellschaft erklärt.

Hier entsteht eine heikle Situation. Denn Mohlers Strategie besteht genau darin, einen Relativismus in Bezug auf dogmatische Positionen zu etablieren. Genau das wird jedoch als Atomisierung bezeichnet. Daher eilt er, um zu betonen, dass dieser Relativismus auch auf seine eigene Position anwendbar ist. In einer rhetorischen Frage wirft er das Problem auf, „warum es nicht bloße Willkür oder Laune ist, wenn ich als Nominalist¹¹ etwas Bestimmtes tue oder nicht tue“ (Mohler, 1981: 66). Doch er gibt darauf keine Antwort. Stattdessen betont er, dass ein Relativismus die Möglichkeit bietet, auf verschiedenen Ebenen relativistisches Denken anzuwenden. Er unterstreicht, „daß der Nominalismus zwar vom Allgemeinen weg und hin zum Besonderen, Einzelnen führt, dieses Einzelne aber nicht das isolierte Individuum zu sein braucht. Dieses Einzelne kann vielmehr eine Gruppe sein, ja ein Volk, das anders ist als das Volk daneben“ (Mohler, 1981: 68). Der Relativismus, der auf das Individuum zutrifft, kann ebenso auf individuelle Gruppen oder Völker angewendet werden. Solange ein gemeinsames Feindbild existiert, können die Anhänger dieses Relativismus sich gegen diesen Feind zusammenschließen. Da es sich um eine strategische Option handelt, kann der Dogmatismus des Einzelnen auch auf Gruppen und ganze Völker ausgedehnt werden.

4.3. Kulturalismus statt Rassismus als strategische Option

Doch die Idee, die Mohler 1978 präsentiert, ist bereits seit Anfang der 1970er Jahre eine ausgearbeitete strategische Option. Die Vorstellung, einen dogmatischen Rassismus durch einen ebenso dogmatischen, jedoch flexibleren Kulturalismus zu ersetzen, wurde nicht von Mohler erfunden. Sie findet sich sowohl in den Schriften von Oswald Spengler als auch in Carl Schmitts Konzept eines ‚Pluriversums‘ von eigenständigen politischen Kulturen. In dieser Perspektive wird die politische Welt als ein Pluriversum von Gemeinschaften betrachtet, deren Ziel es ist, ihre Unterschiede nach außen zu wahren und gleichzeitig ihre Homogenität nach innen zu schützen (Heni, 2007: 64).

4.3.1. Linke Kulturanthropologie als Stichwortgeber – Kulturrelativismus

Doch nicht nur die Schriften der Konservativen Revolution dienen als Vorlage für diese Strategie. Bereits seit den 1940er Jahren erlebt die Kulturanthropologie eine ‚nominalistische Wende‘. Diese Entwicklung geht auf Schüler des Ethnologen Franz Boas zurück und richtet

¹¹ Nominalismus bezeichnet die Lehre, dass nur Einzeldinge existieren und jede Annahme einer allgemeinen Natur, die auf einem realen Fundament in den Dingen beruhen soll, ungegründet ist.

sich gegen die eurozentrische Darstellung und Bewertung indigener Kulturen in der Forschung. Der sogenannte ‚Kulturrelativismus‘ wendet sich gegen diese dogmatische Annahme und vertritt die These, dass Kulturen mehr oder weniger abgeschlossene Entitäten sind, die einen Vergleich untereinander erschweren oder sogar unmöglich machen. Diese kulturrelativistische Perspektive bildet eigentlich eine der Grundlagen des Postkolonialismus, einer dezidiert linken und emanzipatorischen Theorierichtung.

Der Ausgangspunkt des Kulturrelativismus besteht jedoch darin, dass Kulturen bereits auf eine bestimmte Weise festgelegt sind. Einige seiner Theoretiker neigen dazu, Aspekte wie Sprache, Geschichte oder Formen der gesellschaftlichen Organisation als in die Menschen von Anfang an ‚eingeprägte‘ feste Denkmuster zu betrachten. Aufgrund dessen erscheinen Kulturen gewissermaßen von Natur aus unterschiedlich, und jeglicher Versuch der Vermittlung zwischen ihnen wird als rein ideologische Konstruktion angesehen. Dadurch wird der oben skizzierte Gedanke auf einen neuen Anwendungsbereich übertragen (Schellhöh et al., 2018: 29).

4.3.2. *Ablehnung der Menschenrechte*

Auf diesen Überlegungen basiert auch die Ablehnung der Menschenrechte seitens der Neuen Rechten. Die kulturrelativistischen Einwände bestreiten den universellen Charakter der Menschenrechte, da sie davon ausgehen, dass die Begründung moralischer Werte und Normen nur innerhalb einer bestimmten moralischen und kulturellen Tradition möglich ist. Dies führt dazu, dass das Konzept der Menschenrechte insgesamt in Frage gestellt wird. Ein radikaler Kulturrelativist behauptet, dass Moral und sogar Vernunft in ihrem Geltungsanspruch immer von spezifischen kulturellen Kontexten abhängig sind. Somit kann es keine einzige allgemeine, objektive und übergreifende Moral und Vernunft geben. Dies geht über das Sprichwort ‚Fremde Länder - Fremde Sitten‘ hinaus, das lediglich darauf hinweist, dass verschiedene Kulturen unterschiedliche Vorstellungen von Moral haben. Es handelt sich vielmehr um einen normativen Relativismus: Die Unterscheidung von gut und böse, wahr und falsch kann sinnvoll nur innerhalb eines kulturellen Bezugsrahmens getroffen werden und ist an sich unmöglich.

Die philosophische Position des kulturellen Relativismus behauptet, dass Rationalitäts- und Begründungskriterien vollständig von dem jeweiligen kulturellen Kontext und seinen Lebensformen abhängen. Daher können sie keine universale und kulturübergreifende Gültigkeit für sich in Anspruch nehmen. In dieser Sichtweise sind Menschenrechte lediglich

das Ergebnis eines spezifischen historisch gewachsenen kulturellen Kontexts. Sie werden somit als eine zufällige historische Gegebenheit betrachtet.

Es lässt sich feststellen, dass in den Hauptströmungen der gegenwärtigen Philosophie relativistische oder kontextualistische Ansichten über die menschliche Vernunft und Moral dominieren. Eine herausragende Rolle spielt hierbei zweifellos der späte (Ludwig) Wittgenstein, der die Ansicht vertrat, dass die Vernunft und ihre Ansprüche auf Gültigkeit das Ergebnis einer konkreten, sozial bedingten Lebensform darstellen und darin ihre Begrenzung finden. Die Frage nach der Wahrheit wird - wenn überhaupt - nur innerhalb eines bestimmten Sprachspiels oder Weltbildes sinnvoll gestellt. In dieser Perspektive wird auch der Diskurs über Menschenrechte lediglich als ein zufälliges Sprachspiel unter vielen anderen Sprachspielen betrachtet. Infolgedessen existiert keine einheitliche verbindende Vernunft oder absolute Wahrheit mehr. So wie es viele verschiedene ‚Vernünfte‘ gibt, existieren auch zahlreiche unterschiedliche Wahrheiten und Weltbilder, die nicht miteinander in Konflikt stehen, sondern gleichberechtigt, aber unabhängig voneinander existieren.

Thomas Kuhn übertrug den wittgensteinianischen Sprachspielrelativismus auf die Wissenschaftstheorie und prägte den Begriff des Paradigmas, der dem Kulturbegriff im Kulturrelativismus ähnlich ist. Ein Paradigma stellt zunächst eine grundlegende Theorie dar, die im wissenschaftlichen Forschungsprozess als unumstößliche Grundannahme dient und nicht hinterfragt wird. Alle Beobachtungen werden im Kontext eines Paradigmas interpretiert. Ein Paradigma kann durch ein anderes abgelöst werden, beispielsweise, wenn die Anhänger eines alten Paradigmas allmählich verschwinden. Der wissenschaftliche Fortschritt erscheint daher im Wesentlichen irrational, da es keine Kriterien gibt, um die verschiedenen Paradigmen miteinander zu vergleichen.

Paul Feyerabend radikalisierte diese Ansicht und gelangte zu seiner anarchistischen Vorstellung des ‚anything goes‘. Auch die sogenannten postmodernen Ansichten verwerfen ein einheitliches und verbindliches Konzept von Vernunft und Menschenbild. Der Anspruch der Universalität der Menschenrechte gehört zu diesen großen Narrativen und wird daher ebenso wie diese als überholt angesehen.

Darüber hinaus wird von kulturrelativistischer Seite eingewandt, dass der traditionelle Menschenrechtsuniversalismus eine Form von Eurozentrismus und auch Imperialismus bzw. Paternalismus darstelle. Im Rahmen einer universalistischen Auffassung werde man der Autonomie der jeweiligen kulturellen Kontexte nicht gerecht und mache illegitimerweise die

eigene Kultur, nämlich die europäisch-nordamerikanische Kultur zum bestimmenden Maßstab für alle anderen. Auch von bloßer Rhetorik zur Verschleierung von machtpolitischen Interessen ist häufig die Rede (Deinhammer, 2010: 55-56).

In der Debatte über den rechtsextremen Ethnopluralismus seit den 1970er Jahren rücken also die Menschenrechte in den Hintergrund, während die Ansprüche des völkischen Kollektivs in den Vordergrund treten. Ihre universelle Gültigkeit wird dabei zuweilen mehr, zuweilen weniger deutlich in Frage gestellt (Pfahl-Traugber, 1998: 141; Eckert, 2010: 27).

4.3.3. Adaption der Neuen Rechten

In dieser Hinsicht gibt es jedoch zwei Autoren, die die kritische Theorie der Linken mit der von Mohler beschriebenen Strategie der Rechten in Verbindung bringen. Einer von ihnen ist der französische Publizist Alain de Benoist. Unter Bezugnahme auf Mohler greift er dessen Strategieangebot auf und verwandelt es in eine Weltanschauung. Diese gründet auf dem „Postulat ..., daß die Unterschiede zwischen den Dingen, den Lebewesen und den Menschen nicht zu vereinheitlichen sind“ (Benoist, 1981: 77). Ebenfalls der grundlegende Voluntarismus wird von Benoist am Beispiel der Geschichte näher erläutert. In seiner Sichtweise hat die Geschichte „keinen anderen Sinn und keine andere Richtung, als diejenigen sie ihr geben, die sie schaffen. Sie determiniert den Menschen nur insoweit, als er selbst sie vorher determiniert hat“ (Benoist, 1981: 86). „Ein Gott“, so Benoist weiter, „der sich nicht so benimmt, wie man das Recht hat, es von ihm zu erwarten, verdient es, verstoßen zu werden“ (Benoist, 1981: 99).

Benoist entwickelt schließlich ebenfalls diesen Relativismus, der die von Anfang an festgelegten Kulturen in den Mittelpunkt stellt: „Es gibt keine Menschen an sich, es gibt nur Kulturen, die alle ihre eigenen Merkmale und ihre eigenen Gesetze haben“ (Benoist, 1981: 87). Diesen Kulturrelativismus bezeichnet Benoist als eine „positive Auffassung der Toleranz“ (Benoist, 1981: 87) – er ahmt den Stil der linken emanzipatorischen Bewegungen nahezu perfekt nach: „Vielfalt ist etwas Gutes, denn jeder wahre Reichtum beruht auf ihr. Die Vielfalt der Welt liegt in der Tatsache, daß jedes Volk, jede Kultur eigene Normen hat – wobei jede Kultur eine sich selbst genügende Struktur darstellt“ (Benoist, 1981: 87).

Das konservative Argument beginnt nun, die Sprache der linken Emanzipationsbewegungen nahezu perfekt zu imitieren. Für den unaufmerksamen Betrachter kann die Forderung nach einer absoluten Betonung des Eigenen leicht übersehen werden, und stattdessen könnte nur die

Forderung nach Emanzipation wahrgenommen werden. Da der Liberalismus bereits als Gegner der Gleichmacherei und Uniformität etabliert ist, könnte Benoists Vorschlag selbst wie eine Form der kritischen Theorie erscheinen. Die Linke wird so als Werkzeug zur Unterstützung deren eigenen Ziele eingesetzt (Schellhöh et al., 2018: 30).

4.3.3.1. *Henning Eichberg*

Wenngleich Mohler die Vorarbeit leistete und Benoist den Kulturrelativismus schließlich ausformulierte, hieß der Namensgeber dieser neuen Variante Henning Eichberg. Dieser verfasste nämlich die Grundsatzdokumente für die Aktion Neue Rechte (ANR), die 1972 ins Leben gerufen wurde. Die ANR spaltete sich von der NPD ab, und Eichberg nutzte zunächst publizistische Plattformen wie die Coburger Zeitschrift ‚Nation Europa‘. Diese Zeitschrift hatte personelle Verbindungen zur Zeit des Nationalsozialismus und verfolgte eine fundamental oppositionelle Haltung aus rechtsextremer Sicht. Später befand sich Eichberg in einem Milieu, das sich als Brücke zwischen politischen Richtungen von rechts und links verstand. Er gehörte zu den einflussreichen Autoren der Zeitschrift "wir selbst", die in ihrem Titel an die republikanische Sinn Fein in Irland anknüpfte. Im Laufe der Zeit bezeichnete sich Eichberg ausdrücklich als linksorientiert. Den Begriff Ethnopluralismus prägte er schließlich in seinem Aufsatz ‚Ethnopluralismus. Eine Kritik des naiven Ethnozentrismus und der Entwicklungshilfe‘ (Eichberg, 1973).

„Der eigentliche Perspektivenwechsel ... machte sich an der Bedeutung unterdrückter Völker und ethnischer Minderheiten fest. ... Das berührte sich mit dem positiven Bezug auf die antikolonialen Bewegungen in der Dritten Welt Das Thema hieß nun ... revolutionärer Nationalismus der kleinen Völker ... und Selbstbestimmung. Das nannte ich in den frühen siebziger Jahren ‚Ethnopluralismus‘ Als Nationalrevolutionär verfolgte ich damals eine Position ‚jenseits von links und rechts‘“ (Brotkorb & Scholz, 2010).

Der Ethnopluralismus ist somit das Ergebnis einer Strategieoption, die sich als ‚jenseits von links und rechts‘ versteht. Genauer gesagt, verknüpft sie linke und rechte Ansätze miteinander. Sie behält den alten Dogmatismus in modifizierter Form bei und verwandelt ihn in einen dogmatischen Relativismus. Dieser Relativismus erstreckt sich von einem extremen Voluntarismus bis zu moderaten skeptischen Einstellungen. Vor allem manifestiert er sich jedoch in einem Relativismus, der die Unterschiede zwischen Gruppen und Völkern als grundsätzlich unüberbrückbar ansieht (Schellhöh et al., 2018: 31).

Rückblickend wollte Eichberg diesen Text als einen Beitrag zum Befreiungsnationalismus verstanden wissen und den Begriff im Kontext eines antikolonialen Ansatzes verankern (Brotkorb & Scholz, 2010). In der Tat bleibt die Darstellung in diesem Zusammenhang etwas vage, wobei der Aufsatz jedoch eine scharfe Kritik an der Einstellung und Umsetzung der Entwicklungshilfe aus einem herablassenden, eurozentristischen Blickwinkel vertritt. Eichberg moniert dabei den „naiv-ethnozentrischen linearen Maßstab von hoch- bzw. unterentwickelt“, dabei stellt er das Konzept der Gleichheit der Menschen in Frage und basiert seine Argumentation auf den fundamentalen Unterschieden im Verhalten, der Wahrnehmung und im Denken zwischen verschiedenen Kulturen. Dabei befürwortet er den „Entwurf einer ethnopluralistischen Neudefinierung von ‚Entwicklung‘“, die als eine kulturspezifische Entwicklung in Unterschiedlichkeit zu verstehen ist (Eichberg, 1973: 4, 10).

In den späten 1970er Jahren zählte Eichberg also zu den führenden Denkern der Neuen Rechten. In einem späteren Beitrag grenzte er beiläufig seine Auffassung des Ethnopluralismus von der Rezeption desselben Begriffs in der Neuen Rechten ab. Dabei warf er ihr vor, dass sie die "ethnische Vielfalt innerhalb nationalstaatlicher Grenzen" nicht anerkenne (Eichberg, 2011: 152). Er bezog sich dabei auf die UNESCO-Deklaration zur kulturellen Vielfalt und argumentierte, dass die Präambel und Artikel 4 des UNESCO-Textes keinen Raum für Zweifel lassen, da sie verdeutlichen, dass kulturelle Vielfalt und die universelle Gültigkeit individueller Menschenrechte sich nicht widersprechen, sondern sich gegenseitig ergänzen (UNESCO, 2001).

Vor diesem Hintergrund erscheint der ethnopluralistische Ansatz im Bereich des Rechtsextremismus daher nicht nur als ein theoretisch fundiertes Nationalismuskonzept, sondern vielmehr als strategische Waffe, welche – ganz im Sinne von Benoists Auffassung des Hegemoniebegriffs – im Diskurs verwendet wird. Hierbei geht es darum, Stigmatisierung zu vermeiden und eine breitere Öffentlichkeit anzusprechen. Dies wird beispielsweise in der Begrifflichkeit von Benoist deutlich. Positionen, die im Sinne des Ethnopluralismus auf eine möglichst umfassende Trennung von ethnischen Gruppen hinarbeiten, bezeichnet er als ‚differenzialistischen Antirassismus‘. Ideen, die die grundlegende Gleichheit aller Menschen betonen, bezeichnet er hingegen als ‚universalistischen Rassismus‘, da sie die Identität der Völker in Frage stellen und auf eine ‚einheitliche Welt‘ hinarbeiten (Krause, 1998: 5). Auf diese Weise beansprucht Benoist positiv besetzte Bezeichnungen und wehrt den Rassismusvorwurf der gegnerischen Position ab (Schellhöf et al., 2018: 40).

5. Der Antikapitalismus/Antiimperialismus der Neuen Rechten: Marx & Lenin

Die Verbindung, die in Abschnitt 2 hergestellt wurde, zeigt, dass die Neue Rechte sich an der Konservativen Revolution der Weimarer Republik orientiert und davon ausgeht, dass der Mensch nicht von Natur aus frei ist, sondern seine Freiheit und Identität nur durch Bindungen erreichen kann (Grebing, 1976: 106). Aus konservativer Perspektive können egalitäre Ideologien die fest verankerte Ungleichheit der Menschen nicht ändern, da der Mensch als fehlerhaft angesehen wird und auf unterstützende sowie fordernde Institutionen angewiesen ist. Eine der zentralen Aspekte in der konservativen Gesellschaftskritik ist die Vorstellung, dass die Gesellschaft den Anforderungen des Staates oder der Gemeinschaft untergeordnet werden sollte und dass die Vorstellung, die Gesellschaft sei beliebig formbar, fehlgeleitet ist. Die Rechte und die Neue Rechte betrachten sich selbst als Teil einer Denktradition, die die Stärke staatlicher Macht betont und von einer skeptischen Anthropologie sowie einem traditionsorientierten Geschichtsbewusstsein geprägt ist.

Besonders die Neue Rechte betont die Notwendigkeit einer politischen Theorie in strategischer Hinsicht und argumentiert, wie in Abschnitt 3 ausführlich dargestellt, dass im Rahmen eines Wettstreits um die kulturelle Vorherrschaft im Meinungsdiskurs aktiv gekämpft werden muss. Dabei stehen die Begriffe ‚Volk‘ und ‚Nation‘ im Mittelpunkt ihres Denkens. Diese werden von den Vertretern der Neuen Rechten als historische Konzepte betrachtet, die nicht durch gesellschaftliche, sondern vielmehr durch Abstammungs- und Fortpflanzungsgemeinschaften geformt sind. Sie argumentieren, dass diese Gemeinschaften durch Migration geschwächt und letztendlich zerstört werden. Im Fokus ihrer Argumentation steht die Überzeugung, dass Volk und Nation ihre verloren gegangene Freiheit erst wiedererlangen können, indem sie eine gemeinschaftliche Bindung entwickeln, die über den bestehenden Kapitalismus hinausgeht. Dieser Kapitalismus hat ihnen die Freiheit genommen, da er sich immer weiter in Richtung eines umfassenden Marktkapitalismus entwickelt hat (Wohlfahrt, 2022: 12).

Die Neue Rechte betrachtet hierbei sowohl den konservativen Marktfundamentalismus als auch den linken Antifaschismus als Gegner, da beide konservative Grundprinzipien wie Staat und Nation ablehnen, was ihrer Ansicht nach dazu führt, dass sie unbewusst miteinander kooperieren. Ein Zitat von Benoist (2012: 157) verdeutlicht diese Ansicht bzgl. ersterem: "Die Rechte ist liberal geworden und hat dabei vergessen, dass es der Liberalismus der Aufklärung

war, der zu ihrem Untergang führte".¹² Die Neue Rechte strebt nicht danach, den Kapitalismus effizienter zu gestalten, sondern ihn zu überwinden. Gleichzeitig behauptet sie, dass dieser Schritt notwendig ist, um nationale Stärke und Autonomie wiederzugewinnen und ein neues Gemeinwohl zu schaffen, in dem echte zwischenmenschliche Beziehungen entstehen können. Im rechten Antikapitalismus werden wiederholt Stereotypen verwendet, die die Abhängigkeit des Staates von der Wirtschaft, seine Schwächung durch egoistische Interessen, die ausschließlich auf die Profitmaximierung abzielen, sowie die Zersetzung des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft durch Ausbeutung betonen (Wohlfahrt, 2022: 14).

Vor diesem Hintergrund ist eine Bezugnahme auf linke Theoretiker nicht verwunderlich, könnten diese Zeilen (zumindest teilweise) auch aus linker Feder stammen. Daher versucht der folgende Abschnitt, dem ‚antikapitalistischen‘ und auf linke Theoretiker Bezug nehmenden Gestus einiger Schriften der Neuen Rechten in den vorgetragenen Argumenten zu folgen und sie auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen. Wie wir sehen werden, fungieren die Begriffe ‚Volk‘ und ‚Nation‘ dabei als eine Art Korsett, in welches linke Denker, durch Umdeutung, mehr oder weniger hineingezwängt werden.

5.1. Karl Marx

Wie Norbert Wohlfahrt (2022) in seinem Buch ‚Revolution von rechts?‘ herausarbeitet, beansprucht die aktuelle politische Rechte für sich, „Marx zu entdecken“ (Kaiser, 2019). Im Gegensatz zur linken Lesart der Marx-Lektüre, die „über hundert Jahre das Kapital und seinen Autor selektiv studiert hat“ (ebd.: 143), strebt die Neue Rechte danach, das "Laboratorium" des marxistischen Denkens zu betreten und ihm in seinen Gedanken zu folgen (Fusaro, 2018: 81). In dem Vorwort zu dem Buch ‚Marx von rechts‘ (Kaiser, 2018) schreibt der rechte Verleger Philip Stein: „Wo das Gemeinwohl im Vordergrund stehen soll, kann nicht fortwährend in einem von der Zeit überholten binären Klassensystem gedacht und gekämpft werden. Denn Teilung bedingt Hass. Hass und Teilung aber sind unvereinbar mit Brüderlichkeit. Und so erlischt in den Gliedern ein und desselben Volkes das Gefühl, Teil eines höheren Ganzen, einer hohen, allumfassenden, geschichtlichen Einheit zu sein“ (Stein, 2018: 12).

¹² Wirft man in Sachen Wirtschaftspolitik einen Blick in die Parteiprogramme der AfD bzw. der FPÖ, so lässt sich nachvollziehen, dass Benoist diesbezüglich nicht unrecht hat.

Diese Worte bekunden in klarer Weise, warum die Neue Rechte Marx programmatisch als einen „Helden“ stilisiert und warum die „soziale Frage“ in den Mittelpunkt ihrer Auseinandersetzung gerückt werden soll. Die Neue Rechte beabsichtigt, eine kapitalismuskritische Analyse zu bieten, die „auf der Höhe der Zeit“ ist und der „Querfront“ aus Kapitalismus und Antifaschismus etwas entgegensetzen kann. Dies geschieht inmitten einer Zeit, in der die schrittweise Rücknahme sozialer Errungenschaften durch Staat und Kapital in europäischen Gesellschaften allmählich immer mehr Konfliktpotenzial freisetzt (Kaiser, 2018: 32). Der Linken wird vorgeworfen, vom „Kampf gegen das Kapital“ zum „Kampf für das Kapital“ übergegangen zu sein und somit „einen hundertprozentigen Verrat an Marx und Gramscis Wort und Geist begangen zu haben“ (Fusaro, 2018: 81). Vor diesem Hintergrund überrascht es auch nicht, dass Slavoj Žižek als eine Art Bezugsfigur im Kontext des neurechten Denkens über den Marxismus betrachtet wird. Dieser, als linker Vordenker bezeichnete Philosoph, vertritt offen einen Marxismus, der nach seinen eigenen Aussagen keine Verbindung mehr zu Marx hat. Stattdessen beansprucht er die Idee der Gemeinschaft, die Neurechte fasziniert, als etwas, das grundsätzlich dem Marxismus innewohnt. „Der einzige Weg, Treue gegenüber Marx zu bewahren, besteht darin, sich vom Marxismus zu verabschieden. Was es dagegen braucht, ist eine Wiederholung von Marxens Gründungsgestus – eine Antwort auf die Frage nach dem Gemeinsamen im Leben der Menschen“ (Žižek, 2018: 23).

5.1.1. Umdeutung Marx' in Richtung Gemeinschaftlichkeit

In seinem Buch "Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts" (2020) kritisiert Benedikt Kaiser die vorherrschende Sozialpolitik. Zu Beginn seines Plädoyers für eine solidarische Sozialpolitik unterscheidet er zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft. Er führt die "Verwerfungen und Grundmängel des kapitalistischen Denkens" auf ein genuin kapitalistisches (und nicht marktwirtschaftliches) ‚Problemfeld‘ zurück. Charakteristisch für den Kapitalismus sieht er die Entstehung von gierigen Monopolen und Oligopolen sowie die unvermeidliche, rücksichtslose Durchdringung der Gesellschaft (ebd.: 17). Im Gegensatz dazu betrachtet er in der Marktwirtschaft den Markt zunächst als "wertfrei" – als einen Ort für die Produktion und Verteilung von Gütern. Damit beschreibt er die Marktwirtschaft – und hierauf soll die Argumentation fokussieren – als eine Art von Wirtschaftssystem, das im Gegensatz zum Kapitalismus staatlicher Regulierung und Kontrolle unterliegt und einen einzigartigen Zweck erfüllen soll: „Die Marktwirtschaft muss im Gegensatz zum Kapitalismus, der sich aufgrund innerer Gesetzmäßigkeiten ursächlich dem Profitstreben verpflichtet weiß, die

eingefahrene Rendite mit den Wechselwirkungen des Wirtschaftens auf das Volk und den Staat auspendeln“ (ebd.).

Die hier geäußerte Kritik am Kapitalismus hebt hervor, dass im Gegensatz zur Marktwirtschaft jener Kapitalismus, als beherrschendes Prinzip, die gesamte Gesellschaft durchdringt, wobei alles zur Ware wird. Sogar traditionell nicht-ökonomische Aspekte des sozialen Lebens unterliegen einem wachsenden Trend zur ‚Kommodifizierung‘. Die Schlussfolgerung der Kritik am Kapitalismus ist, dass mit dem Begriff ‚Marktwirtschaft‘ auch der Staat verbunden ist. Dies steht im Gegensatz zur Forderung des Kapitalismus nach der Unterordnung des Staates unter den Markt, was dazu führt, dass der Kapitalismus den Staat in abfälligem Ton behandelt. Benedikt Kaiser zitiert zustimmend den Journalisten und Medienunternehmer Gabor Steinhart, wenn dieser zusammenfasst: „Nur ein Staat, der vor sich hindämmert, ist für den Kapitalisten ein guter Staat“ (Steinhart, 2011). Kaiser argumentiert, dass obwohl die Unterscheidung zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft nicht von Marx selbst getroffen wurde, sie aus verständlichen Gründen von den „klügeren seiner heute lebenden Rezipienten“ (einschließlich Sahra Wagenknecht) überarbeitet wurde (Kaiser, 2020: 17).

Da der Autor davon ausgeht, dass die Linke keine solide Analyse des Sozialstaates hat und dass die Kapitalismuskritik von Marx bei Linken kaum noch von Bedeutung ist, ist es angebracht, die Unterscheidung zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft gemäß den Aussagen von Kaiser zu überprüfen. Wenn man sich jedoch Marx' Analyse des Kapitalismus zuwendet, wird deutlich, dass die Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus keine moderne Interpretation von Marx darstellt, sondern vielmehr seine Erkenntnisse aus der Kapitalismusanalyse geradezu umkehrt. Marx bezeichnet sein Hauptwerk "Das Kapital" als eine "Kritik der politischen Ökonomie". Mit diesem Titel will er gerade die Verbindung zwischen Politik und Ökonomie im Kapitalismus betonen. Dies steht im klaren Gegensatz zu seiner Analyse der Absicht, die von den Neurechten verfolgt wird, das Politische als einen Faktor, der den Kapitalismus korrigiert und dem Wirtschaftlichen entgegensteht, ins Spiel zu bringen. Daher sollte der Fokus auf der Verbindung von Politik und Ökonomie (Staat und Wirtschaft) und den resultierenden Unterschieden in den Zielen von ‚Markt‘ und ‚Staat‘ liegen. Um dies zu verstehen, muss man sich mit der Frage befassen, was die sozialen Gegensätze in einer kapitalistischen Gesellschaft begründet.

Marx untersucht den Kapitalismus als ein wirtschaftliches System der allgemeinen Warenproduktion, in dem auch die Reproduktion der Arbeitskraft als Ware behandelt wird. Schon allein diese Tatsache weist darauf hin, dass ohne eine Gewalt, die die wirtschaftlichen Verhältnisse sichert und herstellt, die Existenz der Arbeitskraft als Ware nicht möglich ist, da sie untrennbar mit der Reproduktion des bedürftigen Arbeiters verbunden ist. Der Arbeiter ist vom gesellschaftlichen Reichtum abgeschnitten. Diese Trennung ist keine gottgegebene Situation, sondern wurde von jemandem gewaltsam herbeigeführt. Dieser Akteur, der aufstrebende bürgerliche Staat, verfolgte eigene Interessen, als er die Lohnarbeit als Zwang durchsetzte und die Grundlage für das freie Unternehmertum schuf.

Wenn wir die ‚marktwirtschaftlichen‘ Verhältnisse betrachten, wird klar, dass die Sicherung des Privateigentums – angefangen bei Wohnimmobilien bis hin zu den Produktionsmitteln, die für die Herstellung des gesellschaftlichen Bedarfs notwendig sind – ein zentraler Grundsatz der modernen sozialen Marktwirtschaft ist. Dieser Grundsatz erhält die Trennung zwischen Lohnarbeit und gesellschaftlichem Reichtum aufrecht, die einst vom Vorgänger moderner Staatlichkeit geschaffen wurde. Dieser durch hoheitliche Gewalt durchgesetzte Prozess zur Herstellung von Eigentumslosigkeit verfolgt eigennützige Ziele: Die Besteuerung von Teilen des gesellschaftlichen Reichtums stärkt die finanziellen Ressourcen staatlichen Handelns und bildet die Grundlage für die Ausdehnung staatlicher Aktivitäten, einschließlich der Sozialgesetzgebung, die für die reibungslose Funktion des Kapitalismus unerlässlich ist.

So lässt sich sagen, dass der moderne Staat, wie von Kaiser behauptet, den Kapitalismus nicht durch die Bereitstellung einer vorübergehenden Lebensgrundlage für nicht mehr benötigte Lohnarbeit eindämmt. Stattdessen sichert er eine grundlegende Voraussetzung für das kapitalistische Wirtschaftssystem: Die kontinuierliche Verfügbarkeit der Arbeitskraft als Ware. Diese Verbindung zwischen Staat und Kapital ist Gegenstand linker Kritik und stellt gleichzeitig eine Kritik des ‚Marktes‘ als Instrument zur Ausgrenzung lohnabhängiger Arbeit vom gesellschaftlichen Reichtum dar. Die Tatsache, dass Arbeitskraft als Ware betrachtet wird, weist auf eine Gewalt hin, die die dauerhafte Trennung von Arbeit und gesellschaftlichem Reichtum durchsetzt und aufrechterhält. Die Bestimmungen des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, wie sie von Marx analysiert wurden, führen zur Entstehung des politischen Staates. Dieser zieht seinen Nutzen aus der unternehmerischen Verfügung über die Ware Arbeitskraft und ist daher weit entfernt davon, als Subjekt zur Beendigung eines allumfassenden Marktes angesehen zu werden.

Der tatsächlich existierende Staat schützt das Privateigentum an den Produktionsmitteln gesetzlich und gewährt den Besitzern das Recht, andere für sie arbeiten zu lassen. Dadurch schafft er die Grundvoraussetzung für eine Marktwirtschaft: Das Kapital kann die Arbeitskraft und ihre Produktivität nutzen, um Mehrwert zu generieren. Die Produktivität der Arbeit gehört dem Eigentümer der Produktionsmittel, der sie bezahlt und in Auftrag gibt. Daher besteht ihre Bestimmung in der Marktwirtschaft darin, mehr Geldwert des Unternehmenseigentums zu schaffen, als an Lohn an die Arbeit gezahlt wird. Die Arbeitsleistung wird nicht anhand der tatsächlich geleisteten Arbeit, sondern anhand der für die Arbeit gezahlten Lohnsumme gemessen. Als Arbeitsleistung gilt nicht das Verhältnis zwischen der eingesetzten Arbeitskraft und dem produzierten Gut, sondern der erzeugte Wert der Waren im Verhältnis zur dafür gezahlten Lohnsumme (Wohlfahrt, 2022: 33).

Anhand des zentralen Wertgesetzes, das von der neurechten Theorie betrachtet wird, lässt sich verdeutlichen, wie die ökonomische Verwendung der Arbeitskraft durch das Kapital aus der Sicht dieser Theorie zu einer Bedrohung für den Kapitalismus selbst wird. In einem Aufsatz mit dem Titel ‚Wertkritik‘ von Benoist wird dieser Widerspruch erläutert: „Dieser Widerspruch (die Verausgabung der menschlichen Energie als Ziel an sich zu betrachten und gleichzeitig die Arbeit zunehmend überflüssig zu machen, bei einer immer geringeren Arbeitszeit immer mehr zu produzieren und weiterhin die Arbeit zur Grundlage des Wertes zu machen) erklärt, dass die riesigen verzeichneten Produktivitätsgewinne weder zu einer deutlichen Verringerung der Arbeitszeit noch zu einem ständig höheren allgemeinen Wohlstand geführt haben. Die Dynamik des Kapitalismus untergräbt auf diese Weise die Basis, auf der der Kapitalismus beruht“ (Benoist, 2018: 90). Benoists ‚Wertkritik‘ stellt somit keine Kritik an der für die Kapitalvermehrung notwendigen Ausbeutung der Arbeit dar, sondern vielmehr eine Prognose der "Erschöpfung des Kapitalismus". Es wird argumentiert, dass der Kapitalismus dabei ist, seine objektive Grenze zu erreichen, obwohl er bereits die gesamte soziale Reproduktion durchdrungen hat (ebd.).

Die Neurechten und ihr führender Denker Benoist kritisieren hier nicht die von Marx analysierte private Macht des Eigentums und die damit einhergehende - auf rechtlicher Grundlage basierende - Kontrolle und Befehlsgewalt über die gesellschaftliche Arbeit. Marx legt im Wertgesetz fest, dass die Arbeit, auf die es ankommt, ‚abstrakt‘ ist, weil ihre einzige Relevanz in ihrer Rentabilität liegt. In diesem Sinne besteht der ‚Wert‘ der Arbeit darin, dass sie ausschließlich zur Schaffung von geldwertem Eigentum stattfindet.

In der neurechten Auslegung wird diese Festlegung in eine Kritik der Arbeit selbst umgewandelt. „Die Wertkritik schlägt also vor, die klassische Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft aus der Sicht der Arbeit durch eine Kritik an der Arbeit (und der Zentralstellung der Arbeit) als spezifische Erfindung des Kapitalismus zu ersetzen“ (ebd.: 91). Zusammenfassend stellt Benoist daher fest, dass durch die Reduzierung des Kapitalismus auf ein System, in dem "die bösen Besitzer der Produktionsmittel sich darauf beschränken, die Arbeiter auszubeuten, indem sie von ihnen einen Mehrwert für ihre eigenen Gewinne abpressen," der traditionelle Marxismus das Eigentliche der Frage verfehlt hat (ebd.).

Die neurechten Theoretiker, die eine ‚Antikapitalismus‘-Theorie vertreten, stellen sich mit dieser Sichtweise in eine lange Tradition einer problematischen Kritik des Wertgesetzes. Diese Art der Kritik wandelt die von Marx kritisierte Ausbeutung der Arbeit in eine Frage der grundsätzlichen Sinnhaftigkeit von Arbeit um. Die Neurechten verfolgen mit ihrer Neuinterpretation der Kritik an der Ausbeutung der Arbeitskraft jedoch ein anderes Ziel: Sie bemängeln und kritisieren Marx dafür, dass er in seiner Analyse nicht ausreichend die gemeinsamen Aspekte – den Fokus auf Gemeinschaftlichkeit – betont hat, die die Klassen im Kapitalismus jenseits ihrer Position im Produktionsprozess verbinden. Aus Sicht der Neurechten sind nämlich sowohl Arbeiter als auch Kapitalisten Opfer des Systems. Daher entsteht die Vorstellung einer neuen, nicht durch den Klassenkampf belasteten Gemeinschaft von Kapital und Arbeit, was die Neurechten in das Wertgesetz hineininterpretieren: „Arbeiter und Kapitalisten sind nur die Komparsen eines Prozesses, der sie übersteigt; der wohl reale Klassenkampf ist selber nur ein innerer Widerspruch zu Lebensweise, die ihnen gemeinsam ist“ (ebd.: 92). Im Gegensatz dazu argumentiert Benoist, dass die traditionellen Marxisten "die Arbeit befreien, sich aber nicht von ihr befreien" wollten (ebd.).

Marx hat in seiner Theorie des Arbeitswerts allerdings weder behauptet, dass die Produktion ein sinnloser Selbstzweck ist, noch hat er die innere Sinnlosigkeit der Arbeit für Geld kritisiert. Sein Hauptziel war es, das ökonomische Prinzip des produktiven Verhältnisses zwischen Lohnarbeit und Kapital zu erklären. Die Neurechten haben jedoch Einwände gegen diese Analyse, da sie in ihr eine Klassengegensätzlichkeit sehen, die auf wirtschaftlichen Faktoren beruht und einen objektiv vorhandenen Interessenkonflikt innerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse schafft. Stattdessen suchen sie nach einer neuen Form des Miteinanders der verschiedenen ‚Produktionsfaktoren‘, in der die scheinbare Sinnlosigkeit abstrakter Arbeit in eine neue Bedeutung umgewandelt wird. Daher trennen sie den Wert vom Mehrwert und die

abstrakte Arbeit von der Mehrarbeit und verurteilen die kapitalistische Ausbeutung der Arbeitskraft als sinnlose Verausgabung von Arbeitskraft. Sie argumentieren, dass dies Arbeiter und Kapitalisten gleichermaßen in eine gemeinsame Last zwingt und daher ‚gemeinschaftsschädlich‘ sei. Der für rechtes Denken zentrale Gedanke, Interessenkonflikte zu überwinden und eine Identität zu schaffen, begründet ihren ‚Antikapitalismus‘¹³ (Wohlfahrt, 2022: 34-35).

5.2. Wladimir Iljitsch Lenin

Sowohl die Analyse des Kapitalismus nach Karl Marx als auch die Theorie des linken Imperialismus werden von den Neuen Rechten in ihre Ideologie integriert. Hier steht zuerst die Auffassung im Vordergrund, dass „ein zeitgemäßer Antiimperialismus, der Kapitalismuskritik, Interventionskriege und Migrationsbewegungen gleichermaßen kritisch untersucht ... heute - konsequent zu Ende gedacht - bis ins Neurechte übergehen muss“ (Kaiser, 2017: 56).

Die Neuen Rechten definieren Imperialismus unter Bezug auf Lenin als ein Instrument zur Ausdehnung der Vorherrschaft kapitalistischer Großmächte. Dabei wird betont, dass die imperialistische Phase des Kapitalismus mit der Vorherrschaft von Monopolen und dem Kapitalexport einhergeht. Imperialismus wird als eine Strategie angesehen, durch die die Welt unter die Kontrolle des Finanzkapitals gebracht wird. In Anlehnung an Nicolaj Bucharin wird davon ausgegangen, dass das Finanzkapital aus einer Verschmelzung von Bank- und Industriekapital besteht. Angesichts der „gigantischen Ausmaße des in wenigen Händen konzentrierten Finanzkapitals“ werde deutlich, dass das heutige Wesen des Imperialismus unverändert sei: „Ohne weiteres kann die zeitgenössische Wirtschaftsforschung als Finanzmarktkapitalismus bezeichnet werden, wobei Lenins alte Theorie des Übergewichts von Finanzkapital gegenüber anderen Formen des Kapitals, der globalen Rolle der Finanzoligarchie, mithin der Herrschaft des Finanzkapitals gar nicht zu alt erscheint, zumal in einer Zeit, in der - in Kooperation mit dem Banken und Finanzwesen - die 500 mächtigsten transkontinentalen Privatgesellschaften weit über die Hälfte des Weltsozialprodukts kontrollieren“ (ebd.: 57). Der „degradierte Staat“ agiere als unmittelbarer Diener des

¹³ An dieser Stelle sei an das Zitat Nassehis aus Abschnitt 4.1 erinnert: „Rechts zu denken, heißt, dass man menschliche Existenz nur [!] als unhintergehbare Gruppenexistenz denken kann – mit allen Konsequenzen, die man dann theoretisch, normativ und auch politisch hat. Menschen sind dann in erster Linie Mitglieder größerer Gemeinschaften, und die Lösung gesellschaftlicher Probleme wird letztlich der Homogenität beziehungsweise der inneren Kohäsion einer solchen Gruppe auferlegt“ (Nassehi, 2015: 34-35).

transnationalen Finanzkapitals und der Bemühungen des Großkapitals, die Welt neu zu verteilen. (Wohlfahrt, 2022: 127).

5.2.1. Exkurs Hilferding

Lenin übernahm in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (1917) zu großen Teilen die von dem Ökonomen Rudolf Hilferding in seinem Buch „Das Finanzkapital“ durchgeführte Analyse. Hilferding entwickelt in seinem Werk die These, dass im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung eine weitere Anhäufung von Kapital stattfindet. Er betrachtet die Entstehung von Aktiengesellschaften und Monopolen als Manifestation eines neuen Stadiums des Kapitalismus. Die Monopolisierung und Konzentration führen dazu, dass kleine Unternehmen und Kapitalanleger verdrängt werden. Diese Entwicklungen führen zu einer verstärkten Verschmelzung von Wirtschaft und Staat, was zu einem staatsmonopolistischen Kapitalismus führt: „Das Finanzkapital bringt die Verfügung über die gesellschaftliche Produktion immer mehr in die Hände einer geringen Anzahl größter Kapitalassoziationen; es trennt die Leitung der Produktion von dem Eigentum und vergesellschaftet die Produktion bis zu jener Grenze, die innerhalb des Kapitalismus zu erreichen ist ... Die vergesellschaftende Funktion des Finanzkapitals erleichtert die Überwindung des Kapitalismus außerordentlich ... Ökonomische Macht bedeutet zugleich politische Macht. Die Herrschaft über die Wirtschaft gibt zugleich die Verfügung über die Machtmittel der Staatsgewalt. Je stärker die Konzentration in der wirtschaftlichen Sphäre, desto unumschränkter die Beherrschung des Staates. Diese straffe Zusammenfassung aller Machtmittel des Staates erscheint als seine höchste Machtentfaltung, der Staat als unüberwindliches Instrument der Aufrechterhaltung der ökonomischen Herrschaft, damit aber zugleich die Eroberung der politischen Macht als Vorbedingung der ökonomischen Befreiung“ (Hilferding, 1974: 503-507).

Die These, die besagt, dass der Staat von Monopolen und dem Finanzkapital beeinflusst wird, ist eine bekannte Theorie des Weltanschauungsmarxismus, die eine Zeitlang auch in der Post-Studentenbewegung als "Staatsmonopolistischer Kapitalismus" (STAMOKAP) verbreitet war. Diese Theorie behauptet, dass der Staat nicht wirklich dazu dient, das Kapitalverhältnis durchzusetzen, sondern eher den Zusammenbruch hinauszuzögern. Im Gegensatz zwischen wertschaffendem und spekulativem Kapital wird das Finanzkapital kritisiert, da es sich die Früchte der Arbeit aneignet, ohne selbst produktiv zum Wachstum beizutragen, und zum

dominierenden Herrscher des Staates wird. Diese Thesen wurden auch von den Nationalsozialisten heftig angegriffen, wobei die "Transnationalisierung" bereits damals als ein bedeutender Kritikpunkt für die zunehmende Abhängigkeit des Staates von ausländischen Interessen angesehen wurde.

Die Neue Rechte ist besorgt darüber, dass das Finanzkapital zu viel Einfluss auf die Handlungsfähigkeit des Staates gewinnt. Dabei stellen sie die Stärkung des Finanzsektors durch Kredit in Kontrast zu den Interessen von Individuen oder Gruppen, die am Wachstum des Kreditwesens interessiert sind. Sie behaupten auch, dass Maßnahmen zur Stärkung der Durchsetzung nationaler Interessen schädlich für die nationale Identität sind. Daher ist es sinnvoll, die Rolle des Staates bei der Schaffung und Ausweitung eines internationalen Finanzmarkts genauer zu analysieren: Die staatliche Schaffung eines internationalen Finanzmarkts erhöht die Leistungsfähigkeit des Bankkapitals, das im internationalen Kreditgeschäft aktiv ist und dabei nationale Währungen weltweit nutzt. Der Staat hat ein unmittelbares Interesse an der Steigerung der Geschäftstätigkeit des Geldkapitals, um damit seinen Haushalt und die damit verbundenen Ausgaben zu finanzieren.

Das zentrale Leitbild, das die politische Praxis in allen kapitalistischen Staaten beeinflusst, ist das Streben nach Wirtschaftswachstum. Dies führt zu einer widersprüchlichen Anforderung an staatliches Handeln: Jede Regierung möchte das Wirtschaftswachstum der heimischen Wirtschaft mithilfe der ihr zur Verfügung stehenden Instrumente, zu denen auch der Kredit als entscheidendes Mittel gehört, vorantreiben. Dennoch bleibt es dem Markt und der freien Unternehmensführung überlassen, ob dies tatsächlich gelingt. Die staatliche Zentralbank wird oft als Motor für das Wachstum in Anspruch genommen, um die Wirtschaft zu unterstützen.

Hierfür wird eine Haushaltspolitik verfolgt, die darauf abzielt, das nationale Wachstum zu fördern. Im Rahmen dieser Bemühungen werden internationale Handelsabkommen und Freihandelszonen eingerichtet und von staatlicher Seite unterstützt. Die Auffassung rechter Nationalisten, dass sämtliche geldpolitischen Instrumente moderner Staaten Ausdruck ihrer Unterwerfung und Marginalisierung durch das Finanzkapital seien, ist nicht nur fachlich unzutreffend, sondern resultiert letztendlich aus einer grundlegenden Ablehnung von Maßnahmen, die auf die Internationalisierung abzielen, da sie angeblich die nationale Handlungsfähigkeit beeinträchtigen. Dem entgegenzutreten, indem man die Internationalisierung der Wirtschaft behindert, entspricht daher immer weniger dem

realistischen Ziel, die nationale Wirtschaft weitgehend unabhängig zu machen (obwohl das Ideal der Autarkie immer noch in demokratischen Gesellschaften vorhanden ist, prägt es jedoch immer weniger das politische Handeln). Die Kritiker einer zunehmenden wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ausland berücksichtigen in ihrer Analyse nicht, dass die Internationalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten nicht den nationalen Einfluss verringern, sondern eigentlich erhöhen soll.

Wenn die Neue Rechte Marx und Lenin für ihre eigene Sache in Anspruch nimmt, geht es ihr keineswegs um die Theorien und Analysen, die diese linken Denker vertreten haben. Ganz im Sinne ihrer Anpassung an die Ideen von Gramsci ist ihr Hauptanliegen, mit ihrem ‚Antikapitalismus‘ und ‚Antiimperialismus‘ die Kontrolle über Diskurse in gesellschaftlichen Debatten zu erlangen und somit kulturelle Vorherrschaft zu etablieren. Dieses Ziel wird von Kaiser offen formuliert: „Es gilt, diese Debatte zu führen und voranzutreiben - und anschließend die entsprechenden Rückschlüsse zu ziehen. Das ist viel, und in jedem Fall geht man, will man diese Auseinandersetzung beginnen, in aller Selbstbescheidung ad fontes, anstelle Totalentwürfe vorzulegen“ (Kaiser, 2017: 47). Die Neue Rechte verfolgt eine Strategie der Metapolitik. Dabei greift sie auf das Konzept der kulturellen Hegemonie zurück und behauptet, dieses von einem linken Theoretiker der Arbeiterbewegung übernommen zu haben (Wohlfahrt, 2022: 129).

6. **Aufhebung und Synthese der links-rechts-Dichotomie für mehr Anschlussfähigkeit – empirische Fallbeispiele**

Wie gezeigt wurde, arbeiten zentrale Autoren der Neuen Rechten über das klassische Lagerdenken hinaus an der Aufhebung und Synthese der links-rechts-Dichotomie, weshalb die Spezifika wichtiger Begriffe wie Hegemonie, Ethnopluralismus oder Kapitalismus bzw. dessen Kritik im neurechten Sinne analysiert wurden. Dabei wird durch die bewusste Rezeption linker Autoren die Anschlussfähigkeit weiter erhöht, kann sie dadurch doch ihre Glaubwürdigkeit erhöhen, nicht staats- oder verfassungsfeindlich zu sein, und sich als bereichernde Alternative innerhalb des demokratischen Spektrums darstellen¹⁴. Auch der ethnopluralistische Diskurs zielt darauf ab, rechtsextremistische Propaganda zu modernisieren und eine größere gesellschaftliche Akzeptanz zu finden.

Die Schwierigkeit bei den hier präsentierten neurechten Ansätzen liegt in ihrer Potenz, sich mit rechtsextremen oder terroristischen Standpunkten zu verknüpfen. Die zentralen Texte neurechter Autoren bewegen sich auf einem „schmalen Grat“ zwischen fundamentalen oppositionellen Ansichten und der Anerkennung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (Kubitschek, 2016). Die gemeinsamen Thesen dieser Autoren, wie etwa die Idee des ‚Großen Austauschs‘¹⁵, bei dem argumentiert wird, dass er bald unaufhaltsam sei, die Vorstellung einer linksgerichteten Hegemonie, die sämtliche staatlichen und medialen Institutionen durchdringt, sowie der Ruf nach Widerstand dagegen, bieten eine Anschlussmöglichkeit nicht nur für Demokraten, sondern auch für Extremisten und Verschwörungstheoretiker. Wenn man den Argumenten dieser Autoren folgt und Widerstand gegen den vermeintlichen ‚Großen Austausch‘ oder die linksgerichtete Hegemonie leisten möchte, öffnet man damit Tür und Tor für verschiedene Interpretationen und extremistische Ideologien.

¹⁴ Alle wesentlichen neurechten Autoren bekennen sich vordergründig zu einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

¹⁵ Hinter diesem Begriff verbirgt sich ein Narrativ, welches seitens der Identitären Bewegung als die größte Gefahr für Europa gerahmt wird. Das Konzept dahinter bedeutet: Es gibt ein Zuviel an Einwanderung. Dadurch entstehe ein zu hoher Grad an ‚Multikulti‘. Ab wann dieses Zuviel eintritt, bleibt offen bzw. dessen Begründungen sind oft dubios (Schellhöf et al., 2018: 16).

Wie es daher um die Anschlussfähigkeit nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch bestellt ist, wollen wir uns in diesem Abschnitt ansehen, hängt der Erfolg doch in erheblichem Maße von der Verbreitung entsprechender Denkmuster in der Bevölkerung ab.

6.1. Verbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster

Unabhängig von der jeweiligen Definition des Rechtsextremismus sind die meisten wissenschaftlichen Arbeiten auf diesem Gebiet darin übereinstimmend, dass er sich in verschiedenen Dimensionen manifestiert (Holzer, 1994; Heitmeyer, 2018; Zick/Küpper, 2021; Decker/Brähler, 2018). Willibald Holzer, ein österreichischer Forscher im Bereich des Rechtsextremismus, charakterisiert Rechtsextremismus als ein Syndrom, das sich durch die Betonung von Naturprinzipien, völkischem Gedankengut und der Beschreibung einer nationalen Einheit auszeichnet¹⁶. Zusätzlich betonen Andreas Zick und Beate Küpper die ausdrückliche Ablehnung der Demokratie in rechtsextremen Haltungen (Zick/Küpper, 2021: 79). Mehrere Forscher unterstreichen ebenfalls im Zusammenhang mit rechtsextremen Ansichten, dass die Wahrnehmung als ‚Randphänomen‘ von radikalisierten Randgruppen innerhalb der Gesellschaft, die von der politischen Mitte entkoppelt sind, dazu führen kann, dass die Problematik am Rande der Gesellschaft verortet wird (Decker et al., 2022; Heitmeyer et al., 2021). Das gemeinsame Merkmal, welches rechtsextreme Einstellungen kennzeichnet, sind „Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen“ (Decker et al., 2020: 32). Dass diese Ungleichwertigkeitsvorstellungen teilweise bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen, haben mittlerweile zahlreiche Studien aufgezeigt (Heitmeyer, 2002-2012; Decker et al., 2022; Zick et al., 2023) und auf die zentralen Ergebnisse, werden wir etwas weiter unten auch eingehen.

In den letzten Jahren hat der Rechtsextremismus dabei eine erhebliche Transformation erfahren, wobei ein Teil dieser Veränderung auf eine zunehmende Annäherung zwischen rechtsextremen Akteuren und der politischen Mitte zurückzuführen ist. In einigen spezifischen regionalen Kontexten hat er sich etabliert und seine Verbindungen zur politischen Mitte gestärkt. Dieses Phänomen konnte insbesondere in den Aktionsfeldern rechtspopulistischer Bewegungen beobachtet werden, welche neue Bündnisse zwischen dem Rechtsextremismus und Teilen der

¹⁶ <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/zum-begriff-des-rechtsextremismus>

Gesellschaft geschaffen haben, die nicht zwangsläufig rechtsextrem sind (Heitmeyer, Freiheit & Sitzer, 2021; Mullis & Miggelbrink, 2022).

6.1.1. Die Parabel des Frosches im heißen Wasser - Eskalationsspirale

Setzt man einen Frosch in einen Topf mit kaltem Wasser und erhitzt diesen ganz langsam, so wird er, obwohl es für den Frosch mit zunehmender Zeit immer ungemütlicher wird, ausharren und seine Körpertemperatur anpassen, so lange bis es für einen Absprung zu spät ist und er verbrüht. Würde man einen Frosch direkt ins heiße Wasser setzen, würde er wohl sofort herausspringen. Analog zu dieser Parabel verdeutlicht die Darstellung aktueller Entwicklungen im Rechtsextremismus, wie verschiedene Kräfte näher zusammenrücken und miteinander interagieren. Dies kann dazu führen, dass die politische Mitte offener für rechtsextreme Ideen, Einstellungen und Politik wird, sich an diese gewöhnt und sogar zu ihrer Normalisierung und Umsetzung in der Gesellschaft beiträgt. Als ein Phänomen von Einstellungen und Verhalten weist die Entstehung und Verfestigung des Rechtsextremismus durch diesen ‚Gewöhnungseffekt‘ in der Mitte eine einzigartige Qualität auf, die in ihrer umfassenden gesellschaftlichen Dynamik und ihren Auswirkungen in der Studie von Zick et al. als ‚Eskalationsspirale‘ bezeichnet bzw. veranschaulicht wurde (siehe Abbildung 1).

Die Autoren der Studie argumentieren, dass in diesem Zusammenhang soziale Krisen und Konfliktsituationen eine entscheidende Rolle spielen. Sowohl rechtsextreme Akteure als auch rechtspopulistische Bewegungen, die Koalitionen miteinander bilden, können Menschen aus dem politischen Zentrum dazu bewegen, sich rechtsextremen Gruppen anzunähern, die auf den ersten Blick als harmlos erscheinen. Dies kann geschehen, weil sie ähnliche Feindbilder und Vorstellungen von Ungleichwertigkeit teilen. Als Konsequenz können antidemokratische Werthaltungen und Normen gefördert und in die politische Kultur integriert werden. Die These von einer Eskalationsdynamik in der politischen Mitte und den damit verbundenen Prozessen der Normalisierung und Radikalisierung rechtsextremer Ideen und Handlungen findet ihre Stütze in Krisen- und Konflikttheorien sowie in den Beobachtungen und Entwicklungen des Rechtsextremismus der letzten drei Jahrzehnte, wie sie auch durch Erkenntnisse der Mitte-Studie bestätigt wurde (Zick et al., 2023: 59).

Abbildung 1: Rechte Eskalationsspirale in der Mitte



Quelle: Zick et al., 2023: 58

So kann man nach Überlegungen, die in Abschnitt 3 angestellt wurden, im Kontext des zweiten Punktes, die ‚politische Kultur‘ als Nährboden betrachten, welcher durch das beharrliche ‚metapolitische‘ Bohren dicker Bretter peu à peu für neurechte Ideen, Einstellungen und Aktivitäten fruchtbar gemacht wird und so ‚die Mitte‘ in einen Sog zieht. Liegt dieser Nährboden vor, so wartet der Rechtsextremismus sozusagen auf eine geeignete Katastrophe, um historische Krisen für seine Mobilisierung zu nutzen und die Absicht eines politischen Umsturzes zu verfolgen. Er propagiert den ‚Tag X‘, der den Zusammenbruch des Staates oder das Ende der Gesellschaft symbolisiert (Quent, 2019). Wobei dieser Prozess nicht zwingend rapide erfolgen muss. Die Politikwissenschaftler Levitsky und Ziblatt (2018) stellen fest, dass etablierte Demokratien weltweit in der Regel nicht durch gewaltsame Putsche gestürzt werden, sondern vielmehr durch einen schleichenden Abbau demokratischer Institutionen, Prozesse und Werte (wo wir wieder bei der Parabel des Frosches im heißen Wasser wären). Eine wesentliche Rolle bei diesem Abbau spielen die Bagatellisierung rechtsextremer Überzeugungen sowie die Akzeptanz rechtsextremer Hassverbrechen und Gewalttaten.

6.2. Ergebnisse aktueller Studien

Vor diesem Hintergrund ist es daher aufschlussreich sich für Deutschland die empirische Einstellungsforschung seit der SINUS-Studie von 1981 genauer anzusehen. So richten die Mitte-Studien (Zick et al., 2023) im Zeitvergleich den Blick auf zentrale Dimensionen rechtsextremer Ideologie, die eine lange bundesdeutsche Geschichte haben. Dies umfasst die Ablehnung demokratischer Werte, Normen, Prinzipien und Institutionen, wie die Zurückweisung des Grundsatzes der Gleichheit aller Menschen an Würde, der staatlichen Gewaltenteilung und des Schutzes von Minderheiten. Dazu gehört zum einen völkische NS-Propaganda wie die Befürwortung einer Diktatur, Antisemitismus, die Verharmlosung des Nationalsozialismus und ein Sozialdarwinismus, der zwischen ‚Leben und Völkern‘ eine ‚natürliche‘ Hierarchie unterstellt.

6.2.1. Erfassung rechtsextremer Einstellungen

Die wesentliche Aufgabe bestand und besteht darin, die grundlegenden Bestandteile oder Aspekte rechtsextremer Überzeugungen zu identifizieren, die in der politischen Mitte nachweisbar sind, um Informationen über ihre Verbreitung in der Bevölkerung zu gewinnen.

Es besteht Einigkeit darüber, dass der Rechtsextremismus als Überzeugungssystem sechs Unterkategorien umfasst:

1. *Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur*
2. *Nationalchauvinismus*
3. *Verharmlosung des Nationalsozialismus*
4. *Fremdenfeindlichkeit*
5. *Antisemitismus*
6. *Sozialdarwinismus* (Decker et al., 2006).

Die ersten drei Dimensionen beziehen sich auf die historische nationalsozialistische Vergangenheit und politische Ideologie des deutschen Rechtsextremismus, während die letzten drei Dimensionen den völkischen Charakter mit seinen rassistischen und entwürdigenden Vorstellungen vom Menschen darstellen. Jede dieser sechs Dimensionen wird durch drei Aussagen gemessen, die bewusst so formuliert sind, dass sie im klaren Gegensatz zur Idee einer liberalen Demokratie und offenen Gesellschaft stehen, wie sie im Grundgesetz verankert ist. Dazu werden die Befragten gebeten, auf einer 5-stufigen Antwortskala anzugeben, ob sie eine Aussage (1) ‚völlig ablehnen‘, (2) ‚überwiegend ablehnen‘, (3) ‚teils zustimmen/teils nicht zustimmen‘, (4) ‚überwiegend zustimmen‘ oder (5) ‚voll und ganz zustimmen‘. Um das Ausmaß der Zustimmung zu ermitteln, wird ein striktes Schwellenwertkriterium verwendet: Nur wer bei allen drei Aussagen einer Dimension mindestens ‚überwiegend‘ oder sogar ‚voll und ganz‘ zugestimmt hat, wird für diese Dimension zur Zustimmung gezählt. Wer einzelnen Aussagen zustimmt, gilt also nicht gleich als rechtsextrem eingestellt.

6.2.2. Häufigkeit rechtsextremer Einstellungen in Deutschland 2022/23

In Abbildung 2 sind sämtliche Aussagen, die zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen verwendet wurden, zusammen mit den prozentualen Anteilen der entsprechenden Antworten der Umfrageteilnehmer und den dazugehörigen statistischen Daten, angeführt. Wie in den vorherigen Mitte-Studien und analog zu den vergleichbaren Leipziger Autoritarismusstudien (Decker et al., 2022), weisen die meisten Befragten die präsentierten Aussagen zur Messung rechtsextremer Einstellungen zurück. Trotzdem erhalten einige Aussagen eine hohe Zustimmung von etwa einem Viertel oder sogar mehr der Befragten. Mitunter besteht auch ein erheblicher Anteil an ‚teils/teils‘-Antworten. Am meisten Zustimmung erhält mit 40% die Aussage ‚Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben‘ (27%

‚teils/teils‘). Ungefähr jede vierte Person stimmt den folgenden Aussagen zu: ‚Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet‘ (22% ‚teils/ teils‘); ‚Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen‘ (30% ‚teils/teils‘); und ‚Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert‘ (19% ‚teils/ teils‘). Zudem würden unter bestimmten Umständen 7% der Befragten eine Diktatur ‚im nationalen Interesse‘ für die bessere Staatsform halten (16% ‚teils/ teils‘). Viele weitere Aussagen erhalten von mehr als jeder zehnten Person Zustimmung.

Abbildung 2: Rechtsextreme Einstellungen 2022/23 ‚Mitte-Studie‘

<p>Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur (M = 5,86; SD = 3,16; n = 1.948; $\alpha = ,81$)</p> <p>Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.</p> <p>Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.</p> <p>Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.</p>
<p>Nationalchauvinismus (M = 7,83; SD = 3,40; n = 1.931; $\alpha = ,83$)</p> <p>Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.</p> <p>Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.</p> <p>Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.</p>
<p>Verharmlosung des Nationalsozialismus (M = 5,15; SD = 2,84; n = 1.820; $\alpha = ,84$)</p> <p>Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.</p> <p>Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.</p> <p>Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.</p>
<p>Fremdenfeindlichkeit (M = 7,35; SD = 3,66; n = 1.949; $\alpha = ,89$)</p> <p>Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.</p> <p>Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.</p> <p>Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.</p>
<p>Antisemitismus (M = 5,21; SD = 3,00; n = 1.818; $\alpha = ,90$)</p> <p>Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.</p> <p>Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.</p> <p>Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.</p>
<p>Sozialdarwinismus (M = 5,41; SD = 2,99; n = 1.928; $\alpha = ,83$)</p> <p>Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.</p> <p>Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.</p> <p>Es gibt wertvolles und unwertes Leben.</p>

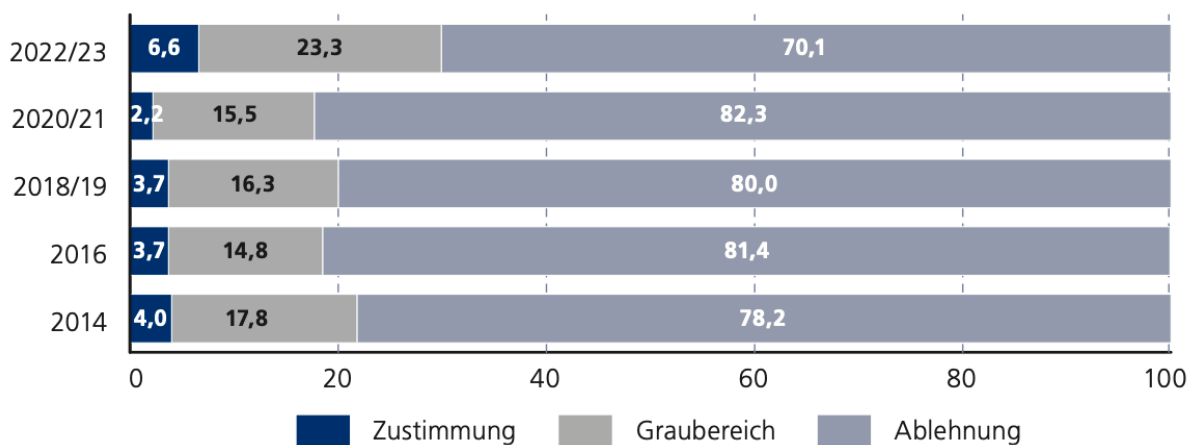
Anmerkungen M = arithmetischer Mittelwert; SD = Standardabweichung; n = Anzahl der Befragten; α = Cronbachs Alpha.

Quelle: Zick et al., 2023: 64

6.2.3. Entwicklungen rechtsextremer Einstellungen

Seit 2014 werden die beschriebenen rechtsextremen Einstellungen im Rahmen der Mitte-Studie alle zwei Jahre nicht nur inhaltlich, sondern auch methodisch auf konsistente Weise erhoben. Im Folgenden findet man die Werte für Zustimmung, Unsicherheit und Ablehnung für die sechs Subdimensionen seit 2014 aufgeführt. Abbildung 3,4 & 5 enthalten Informationen zu den politisch-historischen Aspekten, während Abbildung 6,7 & 8 die sozial-völkischen Dimensionen rechtsextremer Ideologie darstellen.

Abbildung 3: Befürwortung Diktatur



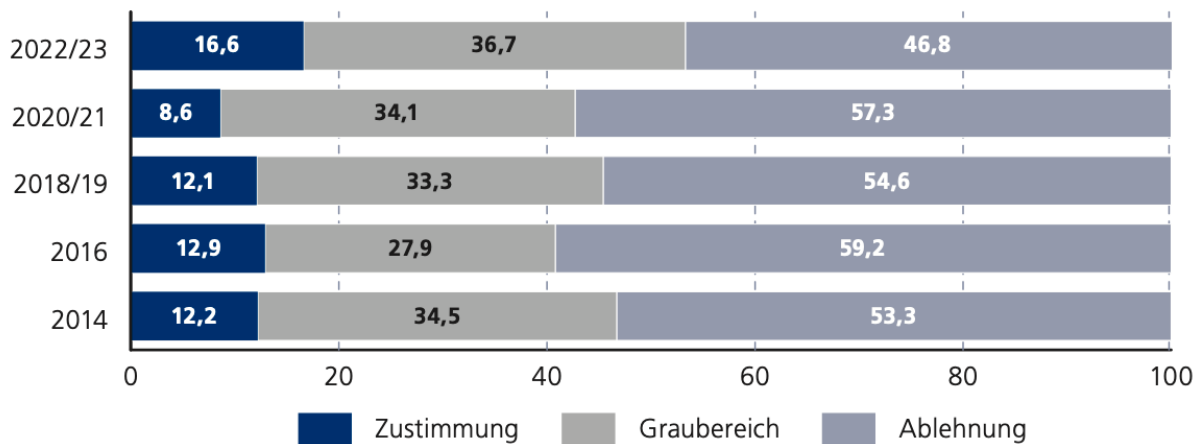
Quelle: Zick et al., 2023: 68

Die Unterstützung für eine Diktatur zeigt gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg und ist über den betrachteten Zeitraum hinweg wieder stärker ausgeprägt. Mehr als 6% der Befragten befürworten nun eine rechtsgerichtete Diktatur in Deutschland, bei der eine einzige starke Partei und ein Führer die Kontrolle haben. Etwa 23% stimmen dieser Diktatur zumindest teilweise zu. Im Vergleich zur Studie vor zwei Jahren hat sich die Zustimmung verdreifacht (2020/21: 2%). Ebenso ist der Anteil der Antworten im Graubereich in diesem Zusammenhang im Vergleich zu den Vorjahren deutlich angestiegen.

Der Trend zu einer erheblich höheren Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen zeigt sich auch im Bereich des Nationalchauvinismus. Fast doppelt so viele Befragte (knapp 17%) stimmen den Aussagen jetzt ‚überwiegend‘ oder ‚voll und ganz‘ zu, verglichen mit dem Zeitraum 2020/21 (9%). Besonders auffällig ist die Zustimmung zur Aussage: ‚Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland‘. Hier liegt die Zustimmung bei 23%, was einen signifikanten Anstieg im Vergleich

zu 2020/21 (13%) darstellt. In den Jahren von 2014 bis 2018/19 lag die Zustimmung zum Nationalchauvinismus konstant zwischen 12% und 13%. Dies deutet darauf hin, dass die Grundlagen für diesen deutlichen Anstieg in diesem Jahr bereits in der Bevölkerung vorhanden waren. Mehr als jeder fünfte Befragte in der repräsentativen Stichprobe spricht sich für ein starkes Nationalgefühl und die Dominanz deutscher Interessen aus.

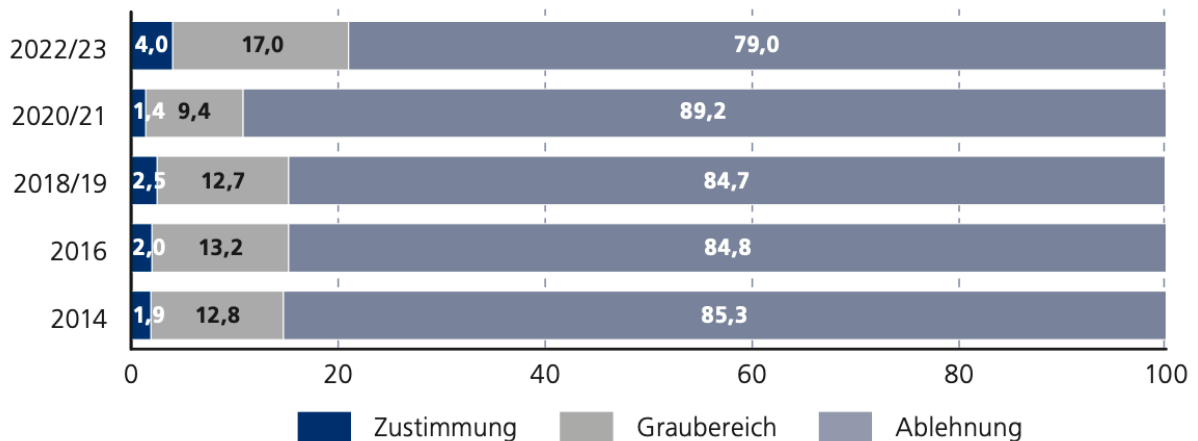
Abbildung 4: Nationalchauvinismus



Quelle: Zick et al., 2023: 68

In der aktuellen Umfrage von 2022/23 in Deutschland wird ein Geschichtsrevisionismus beobachtet, der den Nationalsozialismus verharmlost und den Rechtsextremismus nach dem Zweiten Weltkrieg beeinflusst. Diesen Standpunkt vertreten 4% der Befragten, was im Vergleich zu den Vorjahren auffällig hoch ist. In den Jahren von 2014 bis 2020/21 lag die Zustimmung noch zwischen 1 bis 2,5%. Die Antworten im Graubereich, die in den vergangenen Jahren bei etwa 13% bzw. 2020/21 bei 9% lagen, machen nun 17% aus. Diese Entwicklung muss vor dem Hintergrund der gestiegenen Zustimmung betrachtet werden. Diese Dimension erfasst die Bagatellisierung der Verbrechen, die während der Zeit des Nazi-Deutschlands begangen wurden, sowie die Behauptung von angeblich ‚guten Seiten‘ des Nationalsozialismus. Mehr als jede neunte Person (12%) ist der Meinung, dass ‚ohne die Vernichtung der Juden, Hitler heute als großen Staatsmann angesehen werden würde‘ (2020/21: 4,5%).

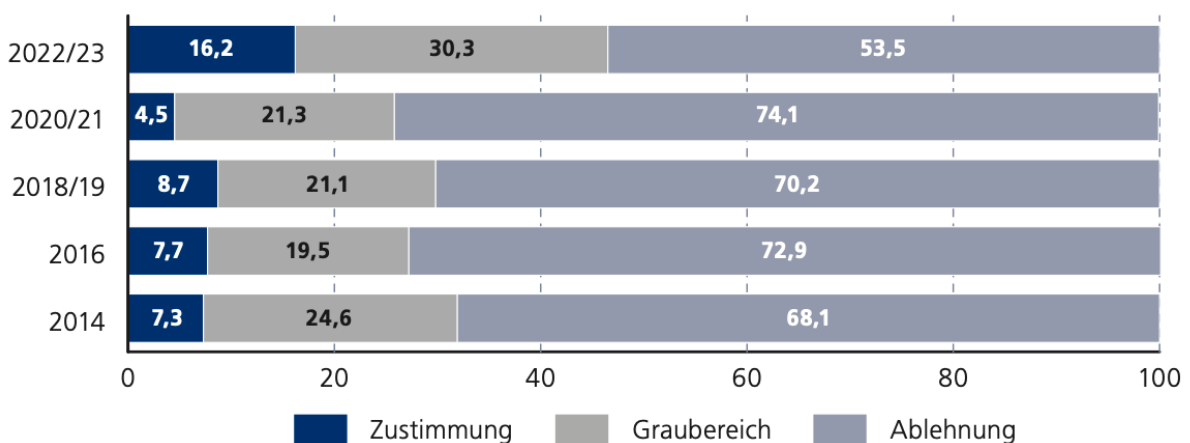
Abbildung 5: Verharmlosung des Nationalsozialismus



Quelle: Zick et al., 2023: 68

Auch die Fremdenfeindlichkeit, die sich durch eine pauschale Abwertung von Ausländern äußert, nimmt wieder zu, nachdem sie in den Jahren 2020/21 zurückgegangen war. Sie ist jetzt mit 16% fast doppelt so ausgeprägt wie in den Jahren von 2014 bis 2018/19. Neben dem Drittel der Befragten, das das rassistische Narrativ der ‚Überfremdung‘ Deutschlands unterstützt, und dem Viertel der Befragten, das Ausländern Sozialmissbrauch vorwirft, sind es auch knapp 20%, die der Meinung sind, dass ‚Ausländer in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden‘.

Abbildung 6: Fremdenfeindlichkeit

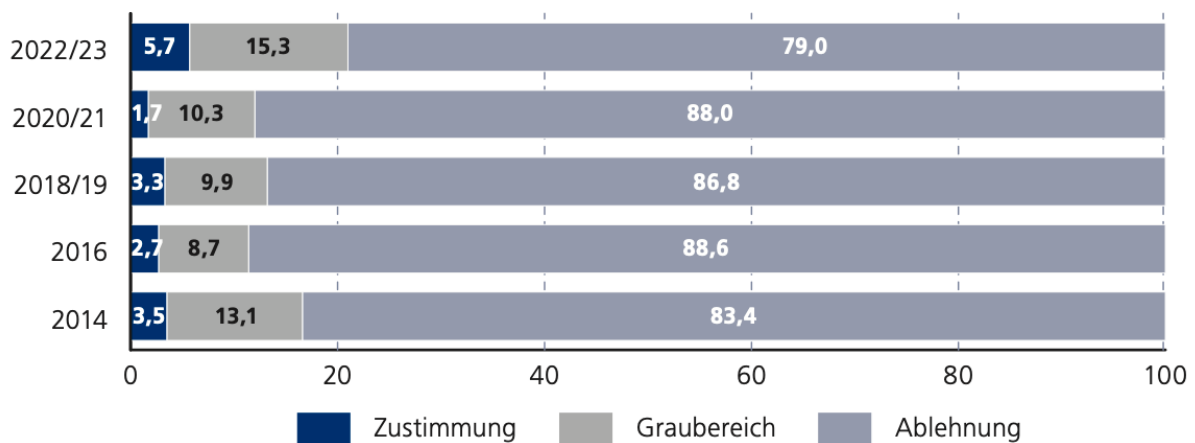


Quelle: Zick et al., 2023: 69

Auch der Antisemitismus zeigte in den Vorjahren geringe Schwankungen von 1 bis 2 Prozentpunkten und fiel 2020/21 auf unter 2%. Aktuell verzeichnet er jedoch einen Anstieg auf

insgesamt knapp 6%. Dabei sind mehr als jede zehnte Person "überwiegend" oder "voll und ganz" der Meinung, dass der "Einfluss der Juden zu groß" sei. Etwa 8% der Befragten teilen sowohl die rassistische Vorstellung einer Eigentümlichkeit gegenüber Jüdinnen und Juden – dass sie "nicht so recht zu uns passen" – als auch die Vorstellung von Falschheit und betrügerischem Verhalten. Weitere 15% der Befragten bewegen sich in einem Graubereich, der zuvor zwischen 9 und 10% lag, aber bereits 2014 bei 13% war. Diese Einstellungen in der Bevölkerung spiegeln einen alarmierenden Anstieg bei antisemitischer Hetze und antisemitischen Vorfällen wider, was in den Diskussionen über Antisemitismus in der Gesellschaft zunehmend sichtbar wird.

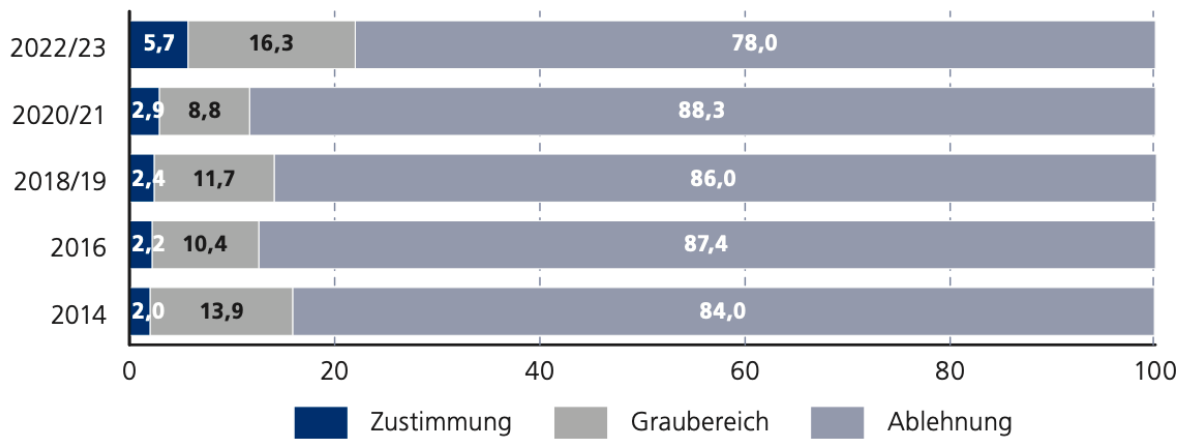
Abbildung 7: Antisemitismus



Quelle: Zick et al., 2023: 69

Die Vorstellung einer nationalen deutschen Schicksalsgemeinschaft, die von ‚äußeren‘ oder ‚inneren‘ Bedrohungen gefährdet wird, findet nicht nur in rassistischen und antisemitischen Einstellungen ihren Ausdruck, sondern auch in einem Sozialdarwinismus, der eine biologische Perspektive auf das gesellschaftliche Zusammenleben überträgt. Aktuell glauben 10 bis 12% der Befragten, dass sich in der Gesellschaft ‚wie in der Natur immer der Stärkere durchsetzen sollte‘, dass vermeintlich ‚schwache‘ Mitglieder Ballast oder ‚unwertes Leben‘ seien oder dass ‚die Deutschen anderen Völkern von Natur aus‘ überlegen seien. Etwa 6% der Befragten unterstützen alle drei sozialdarwinistischen Vorstellungen, und immerhin 16% stimmen ihnen zumindest teilweise zu. Dies bedeutet eine deutliche Zunahme der Zustimmung um 2 bis 3% im Vergleich zu den früheren Erhebungsjahren, sowie eine Steigerung der Antworten im Graubereich, die zuvor zwischen 9 und 12% lagen oder 2014 sogar 14%.

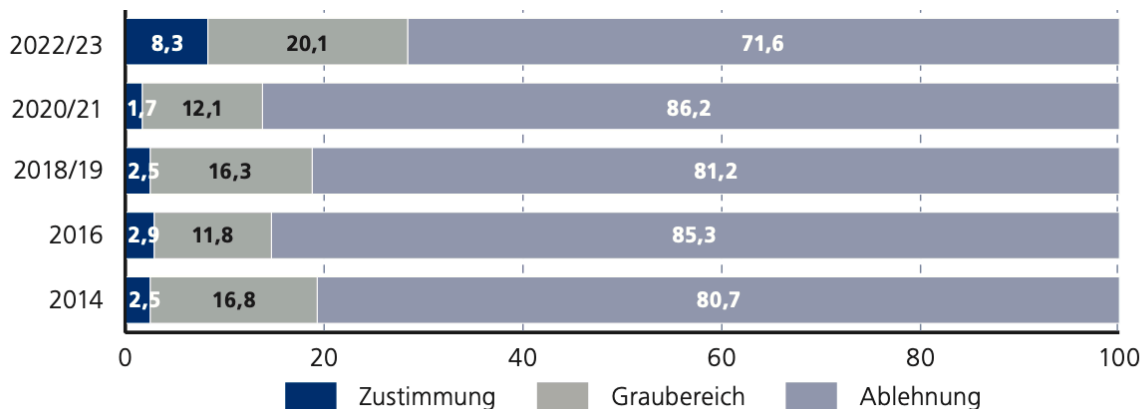
Abbildung 8: Sozialdarwinismus



Quelle: Zick et al., 2023: 69

In der aktuellen Mitte-Studie von 2022/23 weisen daher insgesamt 8% der Bevölkerung ein rechtsextremses Weltbild auf, was bedeutet, dass sie durchschnittlich allen Aussagen in den sechs Dimensionen der rechtsextrremen Einstellungen zustimmen. Dies ist eine erhebliche Steigerung im Vergleich zu den vier vorangegangenen Erhebungen der letzten neun Jahre, bei denen der Anteil auf 2 bis 3% geschätzt wurde. Auch der Graubereich ist mit 20% erheblich angestiegen. Im Jahr 2016 und zuletzt in 2020/21 lag dieser Anteil bei 12%, während er in den Jahren 2014 und 2018/19 zwischen 16 und 17% lag (siehe Abbildung 9).

Abbildung 9: Manifest rechtsextremses Weltbild in Deutschland 2014–2023



Quelle: Zick et al., 2023: 71

6.3. Zwischenbewertung

Natürlich kann der Erfolg der Neuen Rechten in Sachen metapolitischer Arbeit nicht direkt gemessen werden. Doch können solche empirischen Studien zumindest als Indikation dienen, zeigen sie doch wie weit entsprechende Denkmuster bereits in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Auch hinsichtlich der Debatte rund um das Thema Ethnopluralismus, welche, wie in Abschnitt 4 ausgeführt, zu den wesentlichen Diskursmustern der Neuen Rechten zählt und derzeit ihren Diskurs stark beeinflusst, wurden keine spezifischen Fragen in die Untersuchung aufgenommen, die bewusst darauf abzielen, diesen zu messen. Doch wie bereits angedeutet, zeigt sich, basierend auf den regelmäßigen Erhebungen von 2002 bis 2023, dass eine schrumpfende Minderheit den Aussagen zustimmt, die zur Messung der Dimensionen rechtsextremer Einstellungen verwendet werden. Andreas Zick, Beate Küpper und Wilhelm Berghan gehen davon aus, dass selbst rechtsextrem orientierten Personen bewusst ist: "Wer die zur Erfassung von Rechtsextremismus verwendeten Statements offen artikuliert, bekennt sich zum äußersten rechten Rand und stellt sich damit möglicherweise ins Abseits" (Zick et al., 2017: 74). Aus diesem Grund untersucht das Forschungsteam an der Universität Bielefeld seit 2016 auch empirisch eine ‚moderne Variante rechtsextremer Einstellungen‘ im Kontext neurechter Ansichten, die auch weitere Hinweise zur Anschlussfähigkeit des Ethnopluralismus-Diskurses geben können und die Verbreitung von Überfremdungsängsten zeigen. Denn es ist plausibel, dass er Personen, die sich durch ethnische Heterogenität bedroht fühlen, besonders erreicht.

6.3.1. *Hinweise zur Anschlussfähigkeit des Ethnopluralismus-Diskurses durch entsprechende Items*

Wie in der aktuellen Studie betont wird, besteht Rassismus (ähnlich wie in den vorherigen GMF-Studien) hauptsächlich darin, Gruppen abzulehnen und abzuwerten, die als ‚neu hinzugekommene Fremde‘ kategorisiert werden, basierend auf ihrer ‚anderen Herkunft‘ und vermeintlichen kulturellen oder sogar scheinbaren biologischen Merkmalen, die als rassifiziert wahrgenommen werden. Dies geschieht oft unabhängig von den tatsächlichen Herkünften und Heimatorten dieser Gruppen. Diese soziale Praxis, ‚Ethnie‘ oder ‚Kultur‘ als vermeintlich wesentliche Kategorien und Erklärungen für bestimmte, angeblich unveränderliche Verhaltensweisen und Ausdrucksformen sowie für Konflikte zwischen Gruppen in der Gesellschaft heranzuziehen, bildet die Grundlage für die rassistische Abwertung verschiedener Gruppen. Werden die bisherigen GMF- und Mitte-Studien resümiert, gehört dazu neben der

Forderung nach einem Einwanderungsverbot für Muslimen (,Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.‘) auch die Forderung von Vorrechten für ,Etablierte‘ (,Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufriedengeben.‘).

Elias und Scotson (1990) argumentieren, dass die Merkmale und Mechanismen der Abwertung einer Gruppe zugunsten einer anderen nicht einfach gegeben sind, sondern in den sozialen Dynamiken und Strukturen verwurzelt sind, die die ,Etablierten‘ (,Wir‘) und die ,Außenseiter‘ (,die Anderen‘) miteinander formen. Dieser Prozess der Abgrenzung und Zuordnung zur einen oder anderen Gruppe, der oft durch die sogenannte Kulturalisierung und Ethnisierung vorangetrieben wird, vermittelt und zementiert die Vorstellung, dass ,die anderen nicht zu uns passen‘. Dies ist gleichzeitig ein Ausdruck einer Ideologie der Ungleichwertigkeit. Menschen werden somit aufgrund ihrer zugeschriebenen ,Kultur‘ oder ,Ethnie‘ voneinander unterschieden, als homogene Gruppen betrachtet und in Bezug darauf bewertet, indem ihnen beispielsweise mangelnde Anpassungsfähigkeit oder problematisches Verhalten zugeschrieben wird. Dies zeigt sich beispielsweise im Antiziganismus, bei dem Vorurteile gegenüber Sinti und Roma geäußert werden, indem behauptet wird, dass sie zur Kriminalität neigen (,Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.‘). Ähnliches trifft auf Asylsuchende und Geflüchtete zu, bei denen oft der Vorwurf des Asyl- und Sozialmissbrauchs erhoben wird (,Die meisten Flüchtlinge kommen nur hierher, um das Sozialsystem auszunutzen.‘). In diesem Kontext werden Menschen oft als Repräsentanten ,ihrer Kultur‘ betrachtet, und alles, was sie tun, wird in diesem Licht bewertet. Dies führt dazu, dass die Vielfalt und Komplexität der Realität von Identitäten und Zugehörigkeiten weitgehend ausgeblendet wird.

Der Begriff ,Kultur‘ fungiert hier als eine Art Ersatz für den traditionellen Begriff der ,Rasse‘. Dadurch verwenden die Autoren einen umfassenden Rassismusbegriff, der verschiedene Formen von Vorurteilen, Abwertungen und Ausgrenzungen gegenüber rassifizierten Gruppen wie Muslimen, Geflüchteten, neuen Zuwanderern sowie Sinti und Roma einschließt. In diesem Kontext unterscheiden sie zwischen dem traditionellen, stärker auf biologische Merkmale ausgerichteten Rassismus und dem kulturellen Rassismus. Diese Unterscheidung ist wichtig, da es einen Rassismus gibt, der ,ohne Rassen‘ auskommt und als eigenständiges Konstrukt betrachtet werden kann. Dies steht im Verhältnis zu einem Rassismus, der die Existenz von ,Rassen‘ aufgrund äußerlicher Merkmale wie Hautfarbe, Aussehen und Geruch definiert und diese als über- oder unterlegen klassifiziert (Zick et al., 2023: 156). Die angeführten Items geben daher Hinweise zur Anschlussfähigkeit des Ethnopluralismus-Diskurses.

6.3.2. Befunde der Mitte-Studie 2022/23

Abbildung 10: Ablehnung bzw. Zustimmung zu den Aussagen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit 2022/23

Ich stimme ... →

Rassismus (M = 2,83; SD = 1,04; n = 2.023; $\alpha = ,82$)

Die meisten Flüchtlinge kommen nur hierher, um das Sozialsystem auszunutzen.

Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.

Sinti und Roma neigen zu Kriminalität.

Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufriedengeben.

... überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	teils/teils	... eher zu	... voll und ganz zu
19,1	17,4	29,3	15,1	19,0
41,1	17,7	23,0	9,7	8,4
23,6	22,1	25,8	16,9	11,5
8,6	13,8	29,9	27,4	20,2

Quelle: Zick et al., 2023: 160

Demnach lässt sich erkennen, dass beim kulturellen Rassismus hohe Zustimmungsraten zu verzeichnen sind. Nahezu die Hälfte der Befragten (48%) stimmt der Idee von Vorrechten für die Etablierten zu, während knapp ein Drittel (30%) dies als ‚teils/teils‘ betrachtet. Dies entspricht den Zustimmungsraten, die bereits in der Mitte-Studie 2018/19 gemessen wurden, stellt jedoch einen deutlichen Anstieg im Vergleich zu 2020/21 dar, als die Zustimmung bei 33% lag. Die anderen Aussagen erhalten ebenfalls moderate Zustimmungsraten von 23% bis 30%, was in etwa dem Niveau der Vorjahre entspricht. Etwa jeder fünfte Befragte (18%) befürwortet ein Einwanderungsverbot für Muslime, was im Vergleich zu 2020/21 einen Anstieg darstellt (11% bis 12%). Zusätzlich fordern mehr Befragte zumindest teilweise ein solches Verbot (15,5% gegenüber 23% im Vergleich zu 2020/21). Über ein Drittel (34%) geht davon aus, dass Geflüchtete Sozialmissbrauch betreiben. Mehr als ein Viertel (28%) betrachtet Sinti und Roma als ‚eher‘ oder ‚voll und ganz‘ kriminell, was im Vergleich zu 2020/21 (18%) ein deutlicher Anstieg ist und in etwa dem Anteil der Befragten in den Jahren 2018/19 (26%) entspricht. Insgesamt teilen 31% der Bevölkerung diese rassistischen Einstellungen (Zick et al., 2023: 162).

Alle genannten Daten sprechen demnach dafür, dass der neurechte Ethnopluralismus-Diskurs in deutlich höherem Maße an politische Mentalitäten in der deutschen Bevölkerung anschlussfähig ist, als dies für herkömmliche rechtsextremistische Positionierungen gilt.

7. Fazit

Wie gezeigt werden konnte, basieren neurechte Ideen zu einem wesentlichen Teil auf genuin linken Schriften und Ausführungen. Diese haben hinsichtlich Ideologie (Ethnopluralismus/Antikapitalismus, wenngleich auch durch Umdeutung) als auch Strategie (Metapolitik) das neurechte Denken entscheidend beeinflusst. Der Autor ortet daher sehr wohl etwas Neues an den Neuen Rechten und steht damit im Widerspruch zu Armin Pfahl-Traughbers Analyse. Dieser konstatiert nämlich, dass sich die ideologischen Anknüpfungspunkte der Neuen Rechten bereits bei der Konservativen Revolution der Weimarer Republik finden lassen und deren ablehnende Haltung gegen eine liberale Demokratie letztendlich nur in neuem Kleid in Erscheinung trete. Weiters hat man es, gemäß Pfahl-Traughber, hinsichtlich der handlungsbezogenen Ausrichtung, mit keiner strategischen Innovation zu tun. Denn auch die Anhänger der Konservativen Revolution gingen bereits davon aus, dass sie mit ihrer Ideologie der Politik die Richtung weisen könnten (Pfahl-Traughber, 2022: 21).

Wenngleich es beim ‚Lernen von links‘ innerhalb der Neuen Rechten nicht um Akzeptanz von inhaltlichen Einstellungen des gegnerischen politischen Lagers geht, sondern – wie in den einzelnen Abschnitten gezeigt wurde - eher darum diesen als ‚strategischen Steinbruch‘ zu nutzen, so stellt gerade diese Diskurs- oder Produktpiraterie jene neue strategische Waffe dar, die der alten Rechten nicht zur Verfügung stand.

Darüber hinaus schreibt Pfahl-Traughber bezüglich der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung der Neuen Rechten: „Ihre Auffassungen werden nicht in Feuilletons diskutiert; die Buchpublikationen nimmt man kaum in der breiten Öffentlichkeit wahr; sie sind keine Dozenten an Hochschulen. Dies alles wird als Ausgrenzung durch einen angeblich linksliberalen Mainstream interpretiert, man sieht sich sogar als Opfer einer informellen Zensur“ (Pfahl-Traughber, 2022: 148). Nur um dann einzugestehen: dass „derartige Auffassungen zwar einen wahren Kern haben, denn die Denker der Neuen Rechten können meist nicht an Universitäten auftreten“ (ebd.: 148), um weiter in siegessicherer Manier auszuführen: „Ein Grund ist aber mit das dazu fehlende intellektuelle und persönliche Format, das eine formale Voraussetzung für jede breitere Wirkung wäre ... gegenwärtig ist daher nicht von einem breiteren Einfluss auf die Gesellschaft oder politischer Relevanz auszugehen“ (ebd.: 148).

Wie Fielitz & Marcks (2020) gezeigt haben, verhält es sich in den Sozialen Medien anders. Daher kann diese Auffassung Pfahl-Traughbers so nicht bestätigt werden. Auch wie in Abschnitt 6 dargestellt wurde, sind neurechte Denkmuster bereits in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Es kann daher sehr wohl mittlerweile von einer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung neurechten Denkens gesprochen werden. Ebenso wenig wie eine Dramatisierung ist daher eine Verharmlosung angebracht. Denn die damit einhergehenden Herausforderungen sollten nicht verkannt werden. Denn Verkennung führt zu Sprachlosigkeit. Und eine liberale Demokratie lässt sich nicht durch Sprachlosigkeit verteidigen.

Es gilt offensiv den Wertkonflikt zu wagen, denn Kultur ist eben kein ethnisch bedingtes Schicksal, sondern ein Prozess im stetigen Wandel. So wurde bereits der kulturevolutionäre Charakter des politischen Islam und dessen metapolitische Strategie seit jeher unterschätzt. Viele linke Intellektuelle sind heute noch unfähig die Verwandtschaft der Rechten und Islamisten, bzw. den gemeinsamen Gehalt von Islamismus und identitärer Ideologie zu erkennen und leisten daher keinen Widerstand. Dieses Verhalten ist aus Sicht des Autors symptomatisch für die Konfliktvermeidungsstrategie der westlichen, liberalen, und vor allem akademischen Eliten, die, bequem in der Komfortzone sitzend, laut vor sich hinschweigen. Nach dem Motto: „Know your enemy“ wurde daher versucht die Inhalte der wiedererstarkenden Rechten auf ihre Plausibilität hin zu analysieren. Dabei wurde deutlich, dass die Gesellschaft ein Stein ist an dem ‚rumgehämmert‘ wird, ein Ort der Verhaltensprägung¹⁷. Es ist wichtig das zu erkennen und entsprechende dahinterstehende Strategien zu analysieren. Zu sagen an den Neuen Rechten ist nichts Neues zu erkennen, ist ebenso intelligent, wie die ständige Betonung des Respekts vor den angeblichen Traditionen und Identitäten der Vertreter des politischen Islam sowie der Warnung, diese aufgrund eines postkolonialen Gefälles zu kritisieren.

Es ist unsere Aufgabe als westliche Intellektuelle die liberale Demokratie zu verteidigen. Egal ob die Gefahr von Rechts, von Links oder von dem politischen Islam ausgeht. Es gilt diese klar zu benennen, deren Inhalt und Strategien zu analysieren und zu bekämpfen. Denn vor dem Hintergrund des wieder aufgeflammtten Nahost-Konfliktes und den damit einhergehenden Herausforderungen (auch für Länder wie Deutschland oder Österreich), ist das neurechte Konzept des Ethnopluralismus schneller en vogue, als man ‚muslimischer Antisemitismus‘ buchstabieren kann. Ich hoffe die vorliegende Arbeit konnte in dieser Hinsicht einen wertvollen Beitrag leisten.

¹⁷ Entgegen dem Mantra Maggie Thatchers „There is no such thing as society“

8. Literatur

- Akdoğanbulut, C. (2021): Die Erfinder der Konservativen Revolution. Republik. URL: <https://www.republik.ch/2021/10/06/der-erfinder-der-konservativen-revolution> (abgerufen am 24. September 2023).
- Benoist, A. de (1981): Gleichheitslehre, Weltanschauung und Moral; die Auseinandersetzung von Nominalismus und Universalismus. In P. Krebs (Hrsg.), Das unvergängliche Erbe. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit (S. 75-105). Tübingen: Grabert.
- Benoist, A. de (1982): Pour un "gramscisme de droite" », colloque national du GRECE, Le Labyrinthe, Paris
- Benoist, A. de (2008): Wir und die anderen. Junge Freiheit Verlag, Berlin
- Benoist, A. de (2012): Am Rande des Abgrunds. Eine Kritik der Herrschaft des Geldes, Berlin.
- Benoist, A. de (2017): Kulturrevolution von rechts. Jungeuropaverlag, Dresden
- Benoist, A. de/ Kaiser, B./ Fusaro, D. (2018): Karl Marx und der Warenfetisch & Wertkritik, in: Kaiser, Benedikt/ Benoist, Alain de/Fusaro, Diego (Hrsg.): Marx von rechts, Dresden, S. 65-94
- Benoist, A. (2019): Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert. Junge Freiheit Verlag, Berlin
- Braun, S./ Vogt, U. (2007): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Breuer, S. (1990): Die ‚Konservative Revolution‘ - Kritik eines Mythos, in: Politische Vierteljahresschrift 31, S. 585- 607.
- Brodkorb, M. & Scholz, R. (2010): Über Habitus, Ideologie und Praxis: Im Gespräch mit Henning Eichberg. Endstation Rechts., 05. Juni 2010, <https://www.endstation-rechts.de/news/uber-habitus-ideologie-und-praxis-im-gesprach-mit-henning-eichberg-teil-1> (abgerufen am 27. September 2023)
- Buci-Glucksmann, C. (1981): Gramsci und der Staat. Für eine materialistische Theorie der Philosophie. Köln: Pahl-Rugenstein.
- Candeias, Mario (2008): Gramscianische Konstellationen. Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen. In: Merken, Andreas (Hg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. 2. Aufl. Hamburg: Argument-Verl., S. 15–32.
- Caruso, L. (2016): Gramsci's political thought and the contemporary crisis of politics. Thesis Eleven 2016, Vol. 136(1) 140–160
- Christadler, M. (1983): Die „Nouvelle Droite“ in Frankreich, in: Fetscher, I. (Hrsg.): Neokonservative und Neue Rechte: der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik, C.H. Beck, S. 163-260. München.
- Decker, O.; Brähler, E.; Geißler, N. (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, O. & Brähler, E. (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen: Psychosozial-Verlag

- Decker, O.; Kiess, J.; Heller, A. & Brähler, E. (Hrsg.) (2022): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Gießen: Psychosozial Verlag.
- Deinhammer, R. (2010): *Menschenrechte und Kulturrelativismus*. ARSP: Archiv Für Rechts- Und Sozialphilosophie / Archives for Philosophy of Law and Social Philosophy, 96(1), 51–63.
<http://www.jstor.org/stable/23681153> (abgerufen am 26. September 2023)
- Demirovi, A. (2007): *Politische Gesellschaft - zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci*. In: Buckel, Sonja; Fischer- Lescano, Andreas (Hg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Baden-Baden: Nomos- Verl.-Ges., S. 21–41.
- Dogan, S. (2017): *On the intellectual movement in Turkey through Gramsci and Luxemburg*. Las Torres del Lucca Vol. 6 (11) 2017
- Dylan, R. (2015): *Hegemony and Democracy in Gramsci's Prison Notebooks*. In: *Building Blocs. How Parties organize society* (de Leon, Cedric/ Desai, Manali/ Tugal, Cihan Hrsg.). Stanford University Press, Palo Alto.
- Eckert, R. (2010): *Kulturelle Homogenität und aggressive Intoleranz. Eine Kritik der Neuen Rechten*. Aus Politik und Zeitgeschichte, 44, 26-33.
- Eichberg, H. (1973): *Ethnopluralismus. Eine Kritik des naiven Ethnozentrismus und der Entwicklungshilfe*. Junges Forum, 5, 3-12.
- Eichberg, H. (2011): *Ethnopluralismus – eine antikoniale Begriffsgeschichte*. In ders., *Minderheit und Mehrheit* (S. 151-155). Berlin: LIT Verlag.
- Elias, Norbert/ Scotson, John L. (1990). *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Emtmann, A. (1998): *Die Zivilgesellschaft zwischen Revolution und Demokratie. Die "samtene Revolution" im Licht von Antonio Gramscis Kategorien der "società civile"*. 1. Aufl. Berlin: Argument-Verl.
- Fielitz, M. & Marcks, H. (2020): *Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus*. Berlin: Duden.
- Fusaro, D. (2018): *Schon wieder Marx. Die Wiederkehr der Revolution*, Frankfurt am Main.
- Gessenharter, W. (2007): *Der Schmittismus der „Jungen Freiheit“ und seine Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz*. In: *Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“*. Kritische Analyse zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Gramsci, A. (2012): *Gefängnishefte, Band 1-10* (Klaus Bochmann Hrsg.). Argument Verlag, Hamburg
- Grebing, H. (1976): *Was heißt hier ‚aufgeklärter Konservatismus‘?* in: Fetscher, Iring/Richter, Horst E. (Hrsg.): *Worte machen keine Politik. Beiträge zu einem Kampf und politische Begriffe*, Hamburg, S. 104-117.
- Gündogan, Ercan (2008): *Conceptions of Hegemony in Antonio Gramsci's Southern Question and the Prison Notebooks*. Journal of Marxism and Interdisciplinary Inquiry Vol.2, No. 1
- Haug, W. F. (1985): *Strukturelle Hegemonie*. In: *Pluraler Marxismus. Beiträge zur politischen Kultur*, Bd. 1 (Fritz Haug Hrsg.), Argument Verlag, Hamburg
- Heitmeyer, W. (2002-2012): *Deutsche Zustände. Folge 1-10*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2018): *Autoritäre Versuchungen*. Berlin: Suhrkamp.

- Heitmeyer, W.; Freiheit, M.; Sitzer, P. (2021): Rechte Bedrohungsallianzen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Heni, C. (2007): Salonfähigkeit der Neuen Rechten. ›Nationale Identität‹, Antisemitismus und Antiamerikanismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1970-2005: Henning Eichberg als Exempel. Marburg: Tectum Verlag.
- Herkenhoff, A. (2016): Rechter Nachwuchs für die AfD – die Junge Alternative (JA). In: Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung (Häusler Hrsg.). Springer VS, Wiesbaden
- Hilferding, R. (1974): Das Finanzkapital, 3. Aufl., Köln/Frankfurt a.M.
- Holzer, W. (1994): Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. S. 11-96. Wien: Verlag Deuticke.
- Jaschke, H. G. (1990): Frankreich. In Jaschke, Hans Gerd, Franz Greß, und Klaus Schönekas Hrsg. Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich Großbritannien, S. 7-103
- Jäger, S. et al. (2004): Nation statt Demokratie. Sein und Design der ‚Jungen Freiheit‘. Münster.
- Jung, E. L. (1932): Deutschland und die Konservative Revolution. In Deutsche über Deutschland. Die Stimme des unbekanntenen Politikers, Hrsg. Edgar Julius Jung. München.
- Kaminski, F., Karuscheit, H., Winter, K. (1982): Antonio Gramsci, Philosophie und Praxis. Grundlagen und Wirkungen der Gramsci-Debatte. Frankfurt am Main: Sandler.
- Kaiser, B. (2017): Querfront, Schnellroda.
- Kaiser, B. (2018): Marx von rechts? Ausgangspunkte für einen Neubeginn, in: Ders./Benoist, Alain de Fusaro, Diego: Marx on rechts, Dresden, S. 13-64.
- Kaiser, B. (2019): Marx von „Rechts“? Notizen zu einer deutschen Rezeptionsgeschichte, in: National Interest, 35. Jg., H.2, S. 135-153
- Kaiser, B. (2020): Sozialer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts, Schnellroda.
- Kellersohn, H. (2005): Zwischen Wissenschaft und Mythos. Einige Anmerkungen zu Armin Mohlers Konservativer Revolution. In: Kaufmann et al. (Hrsg.) (2005): Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt – Analysen rechter Ideologie. Münster, S. 66-89.
- Kellersohn, H. (2016): Risse im Gebölk. In: Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung (Häusler Hrsg.). Springer VS, Wiesbaden
- Kerchner, B. (2006): Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick. In: Foucault: Diskursanalyse der Politik (Kerchner, Brigitte/ Schneider, Silke Hrsg.). VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Krause, P. (1998): Einwanderung bedroht unsere kollektive Identität nicht. Alain de Benoist, Vordenker der Neuen Rechten in Frankreich, über Rassismus und Antirassismus, Ideologien und Fremdenfeindlichkeit. Junge Freiheit, 17. Juli 1998, S. 4-5.
- Kubitschek, G. (2016): Die Spurbreite des schmalen Grats 2000-2016. Verlag Antaios, Schnellroda
- Langemeyer, I. (2009): Antonio Gramsci: Hegemonie, Politik des Kulturellen, Geschichtlicher Block. In: Schlüsselwerke der Cultural Studies (Hepp, Andreas/ Krotz, Friedrich/ Thomas, Tanja Hrsg.) VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

- Lichtmesz, M./ Sommerfeld, C. (2017): Mit Linken leben. Verlag Antaios, Schnellroda
- Nieto-Galan, A. (2011): Antonio Gramsci revisited: Historians of Science, Intellectuals, and the struggle for Hegemony. *History of Science* 2011.
- Mohler, A. (1981): Die nominalistische Wende. Ein Credo. In P. Krebs (Hrsg.), *Das unvergängliche Erbe. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit* (S. 53-74). Tübingen: Grabert.
- Mohler, A. (1989): *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch* (1950), zwei Bände, Darmstadt.
- Mohler, A. (2001): *Das Gespräch. Über Linke, Rechte und Langweiler*. Dresden.
- Mullis, D.; Miggelbrink, J. (2022): *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen (Sozial- und Kulturgeographie, Bd. 48)*. Bielefeld: transcript.
- Nassehi, A. (2015): *Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss*. Hamburg: Murmann.
- Pfahl-Traughber, A. (1998): *Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat*.
- Pfahl-Traughber, A. (2019): *Der Extremismus der Neuen Rechten. Eine Analyse zu Diskursthemen und Positionen*. Springer VS, Wiesbaden
- Pfahl-Traughber, A. (2022): *Intellektuelle Rechtsextremisten. Das Gefahrenpotential der Neuen Rechten*. Bonn: Dietz.
- Röttger, B. (2004): Stichwort Integraler Staat. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): *Imperium bis Justiz*. Hamburg: Argument-Verl. (Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus / hrsg. von Wolfgang Fritz Haug, Bd. 6,2), S. 1254– 1266.
- Salzborn, S. (2017): *Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten*. Weinheim: Beltz/Juventa.
- Schellhöh, J., Reichertz, J., Heins, V. M., & Flender, A. (Eds.). (2018). *Großerzählungen des Extremen: Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror*. Transcript Verlag.
- Schmitt, C. (1991): *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus (1923/1926)*, Berlin.
- Schmitt, C. (1991): *Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien* (3. Aufl. der Ausgabe von 1963). Berlin: Duncker & Humblot.
- Sellner, M. (2017): *Identitär! Geschichte eines Aufbruchs*. Verlag Antaios, Schnellroda
- Sontheimer, K. (1994): *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933* (4. Aufl.). Deutscher Taschenbuch Verlag. München.
- Spengler, O. (1922): *Preußentum und Sozialismus* (1920). München.
- Spengler O. (1933): *Jahre der Entscheidung. 1. Teil: Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung*, München.
- Srivastava, N. & Bhattacharya, B. (2012): *The postcolonial Gramsci*. Routledge, London
- Stein, P. (2018): Vorwort, in: Kaiser, Benedikt/Benoist, Alain de/Fusaro, Diego: *Marx von rechts*, Dresden, S. 7-12.

- Steinhart, G. (2011): Angriff auf die Marktwirtschaft, in: Handelsblatt: www.handelsblatt.com/politik/international/kapitalismuskritik-angriff-auf-die-marktwirtschaft/5808584.html (abgerufen am 28. Oktober 2023)
- UNESCO (2001): UNESCO Universal Declaration on Cultural Diversity. <https://www.unesco.org/en/legal-affairs/unesco-universal-declaration-cultural-diversity> (abgerufen am 29. September 2023)
- Votsos, Theo (2001): Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci. Ein Beitrag zu Geschichte und Gegenwart politischer Theorie. Hamburg: Argument-Verl.
- Walkenhaus, R. (1997): Armin Mohlers Denkstil. In Jahrbuch Extremismus & Demokratie, S. 97-116. Baden-Baden.
- Weiß, V. (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Wohlfahrt, N. (2022). Revolution von rechts? Der Antikapitalismus der Neuen Rechten und seine radikalpatriotische Moral – eine Streitschrift, Hamburg.
- Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (2017): Von hohem Ausgrenzungswert. Menschenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. In S. Glaser & T. Pfeiffer (Hg.), Erlebniswelt Rechtsextremismus. modern – subversiv – hasserfüllt. Hintergründe und Methoden für die Praxis der Prävention (5. Aufl.) (S. 65-86). Schwalbach am Taunus.: Wochenschau Verlag.
- Zick, A. & Küpper, B. (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Zick A., Küpper B., Mokros N. (Hrsg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Dietz.
- Žižek, S. (2018): Kommunismus heißt heute: Vergiss die Revolution. Denk an die Gemeingüter, in: Neue Züricher Zeitung: www.nzz.ch/feuilleton/kommunismus-heisst-heute-vergiss-die-revolution-denk-an-die-gemeingueter-ld.1377734 (abgerufen am 22. Oktober 2023)

9. Abbildungen

- Abbildung 1: Rechte Eskalationsspirale in der Mitte
 Abbildung 2: Rechtsextreme Einstellungen 2022/23 ‚Mitte-Studie‘
 Abbildung 3: Befürwortung Diktatur
 Abbildung 4: Nationalchauvinismus
 Abbildung 5: Verharmlosung des Nationalsozialismus
 Abbildung 6: Fremdenfeindlichkeit
 Abbildung 7: Antisemitismus
 Abbildung 8: Sozialdarwinismus
 Abbildung 9: Manifest rechtsextremes Weltbild in Deutschland 2014–2023
 Abbildung 10: Ablehnung bzw. Zustimmung zu den Aussagen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit 2022/23